

**4. Sitzung des Gemeindeparlamentes,
Mittwoch, 23. Januar 2019,
Stadthaus, Ratsaal,
Sitzungsdauer: 18.15 Uhr – 21.05 Uhr**

Anwesend sind: 31 Ratsmitglieder (von 40 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Heinz Eng, 2. Reto Grolimund, 3. Urs Knapp, 4. David Plüss, 5. Daniel Probst,
6. Monique Rudolf von Rohr, 7. Simone Sager, 8. Deny Sonderegger

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Eugen Kiener, 3. Andrea Leonhardt Mohr, 4. Dr. Rudolf Moor,
5. Luc Nünlist (bis 20.00 Uhr), 6. Dr. Arnold Uebelhart, 7. Dieter Ulrich (bis 19.15 Uhr)

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Heidi Ehram, 2. Beat Felber, 3. Muriel Jeisy

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Marlène Wälchli Schaffner

Grüne Olten:

1. Myriam Frey Schär, 2. Michael Neuenschwander, 3. Raphael Schär, 4. Felix Wettstein

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Ursula Rüegg

Junge SP Region Olten:

1. Corina Bolliger, 2. Florian Eberhard, 3. Simon Muster

Olten jetzt!

1. Daniel Kissling, 2. Laura Schöni, 3. Denise Spirig

Stadtrat:

Dr. Martin Wey, Stadtpräsident
Thomas Marbet, Baudirektion
Marion Rauber, Direktion Soziales
Benvenuto Savoldelli, Direktion Finanzen und Dienste
Iris Schelbert-Widmer, Direktion Bildung und Sport
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Thomas Küng, Leiter Direktion Bildung und Sport
Dr. Patrik Stadler, Rechtskonsulent

Entschuldigt abwesend:
Alexandra Kämpf
Ramazan Balkaç
Huguette Meyer Derungs
Christoph Fink
Beatrice Schaffner
Philippe Ruf
Christian Werner
Tobias Oetiker
Ernst Eggmann

Vorsitz: Marlène Wälchli Schaffner

Protokollführerin: Andrea von Känel Briner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

1. Mitteilungen

- * 1a Fraktionserklärung CVP/EVP/GLP-Fraktion betr. Budgetreferendum
- * 1b Dringliches Postulat FDP-Fraktion betr. «Freiwillige Schulsportwochen sind trotz Budgetreferendum finanzierbar»/Frage der Dringlichkeit
- 2. Teilrevision Reglement über das Bestattungs- und Friedhofswesen und Gebührenordnung der Einwohnergemeinde Olten/Genehmigung
- 3. Kulturzentrum Schützi/Leistungsvereinbarung
- 4. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
 - 4.1. Motion Fraktion SP/JSP betr. Mehr Einwohner/innenbeteiligung durch Digitalisierung
 - 4.2. Motion Fraktion SP/JSP betr. Verbesserung der Beleuchtung für Velofahrer und Fussgänger
 - * 4.2.a Dringliches Postulat FDP-Fraktion betr. «Freiwillige Schulsportwochen sind trotz Budgetreferendum finanzierbar»
 - 4.3. Postulat Fraktion SP/JSP betr. Velofreundlichere Ampelsteuerung
 - 4.4. Motion Christoph Fink (CVP/EVP/glp) und Mitunterzeichnende betr. Bereinigung der gesetzlichen Erlasse der Stadt Olten
 - 4.5. Interpellation Fraktion Grüne betr. Behördenpropaganda gegen das Energiegesetz – Intervention durch Stadtpräsident Martin Wey im Graubereich?
 - 4.6. Postulat Fraktion CVP/EVP/glp betr. Schutz der Holzbrücke
 - 4.7. Überparteiliches Postulat betr. WLAN im Stadthaus
 - 4.8. Interpellation Matthias Borner (SVP) betr. Vergabe des Auftrags «Jugendarbeit»
- * Ergänzung der Traktandenliste

* * *

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Ich begrüsse herzlich alle Stadträtinnen und Stadträte, alle Mitglieder des Parlaments zur ersten Sitzung im Jahr 2019, geschätzte Mitarbeitende der Stadtverwaltung, werte Gäste und Medienvertreter.

* * *

Mitteilungen

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner:

Referendumsvorlage betr. Budget 2019/Feststellung bezüglich Zustandekommen und Ansetzung der Urnenabstimmung

Das Gemeindeparlament hat an seiner Sitzung vom 22. November 2018 dem Budget 2019 zugestimmt. Die Publikation erfolgte am 29. November 2018 mit einer Referendumsfrist bis 29. Dezember 2018. Gegen den Beschluss wurde das Referendum ergriffen. Gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung (SRO 111) stellt der Stadtrat fest, ob die Voraussetzungen für die Gültigkeit des Referendumsbegehrens erfüllt sind. Bei Zustandekommen des Referendums ist die Abstimmung innert 6 Monaten seit Ablauf der Referendumsfrist durchzuführen.

Feststellung:

Es wird festgestellt, dass das Referendum gegen den Parlamentsbeschluss betr. Budget 2019 zustande gekommen ist. Die Urnenabstimmung findet am 24. März 2019 statt.

Referendumsvorlage betr. Stellenanpassung Hochbau/Feststellung bezüglich Zustandekommen und Ansetzung der Urnenabstimmung

Das Gemeindeparlament hat an seiner Sitzung vom 21. November 2018 der Vorlage Stellenanpassung Hochbau zugestimmt. Die Publikation erfolgte am 29. November 2018 mit einer Referendumsfrist bis 29. Dezember 2018. Gegen den Beschluss wurde das Referendum ergriffen. Gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung (SRO 111) stellt der Stadtrat fest, ob die Voraussetzungen für die Gültigkeit des Referendumsbegehrens erfüllt sind. Bei Zustandekommen des Referendums ist die Abstimmung innert 6 Monaten seit Ablauf der Referendumsfrist durchzuführen.

Feststellung:

Es wird festgestellt, dass das Referendum gegen den Parlamentsbeschluss betr. Stellenanpassung Hochbau zustande gekommen ist. Die Urnenabstimmung findet am 24. März 2019 statt.

* * *

Protokollgenehmigung

Das Protokoll der Parlamentssitzung vom 21. und 22. März 2018 ist vom Büro am 7. Januar 2019 definitiv genehmigt worden.

* * *

Rücktritt Monique Rudolf von Rohr aus Gemeindeparlament

Monique Rudolf von Rohr wird per 31. Januar 2019 zurücktreten.

* * *

Sitzungsablauf

Wir werden heute natürlich alle Sachgeschäfte und möglichst viele Vorstösse durchbringen und morgen hoffentlich je nachdem die Sitzung kürzer halten. Ich möchte alle einladen, einen eigenen Beitrag zu leisten, die Voten möglichst knackig zu formulieren und vielleicht auch gewisse Wiederholungen zu vermeiden.

* * *

Stimmzähler

Wir haben noch keinen Stimmzähler von der SP. Eugen Kiener hat sich zur Verfügung gestellt. Herzlich Dank.

Einstimmig wird Eugen Kiener als Stimmzähler gewählt. Vielen herzlichen Dank für Deine Flexibilität.

* * *

Vorstösse/Eingang

- Dringliches Postulat betr. Freiwillige Schulsportwochen sind trotz Budgetreferendum finanzierbar
- Motion SP/Junge SP betr. Schaffung einer nichtständigen Kommission zur Stärkung und Entwicklung der Oltnen Innenstadt
- Postulat Junge SP/SP betr. bezahlbare Platzmieten im neuen Ballsportcenter
- Interpellation Junge SP/SP betr. Kirchgasse
- Motion Grüne Olten betr. Mehrweggeschirr bei Anlässen

* * *

Beilage:
Vorstosstexte

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 23. Januar 2019

Prot.-Nr. 32

Fraktionserklärung CVP/EVP/GLP-Fraktion betr. Budgetreferendum

Muriel Jeisy: Wir möchten gerne eine Fraktionserklärung zur budgetlosen Zeit, die ja jetzt weit verbreitet das Schlagwort wurde, abgeben. Es ist für uns Zeit, dass die Fraktionen und der Stadtrat sich ernsthaft Gedanken machen, wie der Budgetprozess beschleunigt werden kann. Wir werden dies deshalb zur weiteren Klärung in die Finanzkommission einbringen. Eine frühere Budgetierung und Behandlung des Budgets bereits in der September-Sitzung im Parlament drängt sich jetzt immer mehr auf. Viel Organisationsbedarf und negative Folgen, obwohl das Resultat der Volksabstimmung noch nicht einmal bekannt ist. Es erscheint kein breiter Konsens im Parlament absehbar. Die Einschätzungen zum Finanzplan lassen grüssen. Mit einem Ja in einer Referendumsabstimmung sollte zumindest künftig eine budgetlose Zeit vermieden werden. Der politische Wille kann dadurch eindeutiger abgebildet werden. Ein Nein bedeutet dann automatisch eine Zeit ohne Budget. Weitere unnötige Interpretationsstreitpunkte können vermieden werden. Die Streichung des freiwilligen Schulsports im Sommersemester, um nur ein Beispiel zu nennen, hat uns besonders enttäuscht. Der Finanzverwalter hat im OT-Interview erläutert, unter welchen Voraussetzungen bei nicht gebundenen Ausgaben Fonds angezapft werden können. Wirklich ungebundene Ausgaben ohne sonstige Kostenfolgen dürfen gemäss Urs Tanner während der budgetlosen Zeit auch nicht über Fonds finanziert werden. Da erstaunt es, dass die FdP jetzt gleichzeitig für ein Budget-Nein und eine Fondsfinanzierung beim freiwilligen Schulsport plädiert, für eine Volksabstimmung einerseits und andererseits erwähnt, dass es keine Streichungsanträge im Parlament gegeben hat. Wer hat jetzt das Sagen? Dort, wo welcher Entscheid erwartet wird? Wir haben gerne Theater und Satire, aber kein Satire-Theater hier im Parlament. Deshalb appellieren wir an die Vernunft und eine künftige Anpassung des Budgetprozesses. Auch die Bildungsdirektion bitten wir, bei einem Ja zum Budget im März kreative Lösungen zu erarbeiten, damit der Schulsport aus organisatorischen Gründen nicht erst ab Ende Oktober möglich ist. Die Semester sind im Gegensatz zu Mindestzahllektionen für die J + S-Beiträge nicht in Stein gemeisselt. An anderen Schulen wird beispielsweise auch Ende August mit dem Schulsport begonnen.

Mitteilung an
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 23. Januar 2019

Prot.-Nr. 33

Dringliches Postulat FDP-Fraktion betr. "Freiwillige Schulsportwochen sind trotz Budgetreferendum finanzierbar"/Frage der Dringlichkeit

Monique Rudolf von Rohr: Wunschgemäss halte ich mich kurz und bündig. Wir sollten unbedingt heute darüber entscheiden, weil es im März zu spät sein wird. Das letzte Mal konnten wir diesen Vorstoss nicht einreichen, weil damals das Referendum noch nicht klar war. Ich bitte Euch, diesem dringlichen Postulat zuzustimmen. Danke.

Simon Muster: Die Fraktion Junge SP/SP sieht die Dringlichkeit aufgrund der selbstverschuldeten finanziellen Notlage gegeben. Wir haben einfach einen kurzen Anruf beim Kanton gemacht, und sie haben uns versichert, dass es garantiert nicht möglich ist. Von daher ist es eigentlich ja auch nicht dringlich. Aber wir würden trotzdem gerne die Antwort des Stadtrates haben. Deshalb stimmen wir dieser Dringlichkeit zu.

Matthias Borner, SVP-Fraktion: Wir unterstützen die Dringlichkeit selbstverständlich auch und danken der FdP, dass sie eine Idee hatten, um hier vielleicht gleichwohl etwas zu machen. Ich möchte noch dazu sagen, dass es ein dringliches Postulat ist. Das ist vielleicht etwas ungünstig gewählt, weil dies ja eigentlich erst Wege aufzeigt. Ein Auftrag oder eine dringliche Motion wäre vielleicht etwas schlauer gewesen.

Heidi Ehram, CVP/EVP/GLP: Unsere Fraktion ist heute klein. Wir sind nur vier. Die Hälfte der Fraktion stimmt der Dringlichkeit zu, und die Hälfte lehnt sie ab.

Daniel Kissling: Olten jetzt! fände es schön, wenn der Schulsport trotzdem finanziert werden könnte, sieht aber wie die Fraktion SP/Junge SP die Chance nicht, wird jedoch gleichwohl, um dies zu hören, der Dringlichkeit zustimmen.

Michael Neuenschwander, Fraktion Grüne: Wir unterstützen die Dringlichkeit auch. Es ist jetzt halt leider genau eine dieser Auswirkungen, von denen wir von Anfang gesagt haben, dass sie auf uns zukommen werden.

Beschluss

Mit 30 : 1 Stimme wird der Dringlichkeit zugestimmt.

Mitteilung an
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 23. Januar 2019

Prot.-Nr. 34

Teilrevisionen Reglement über das Bestattungs- und Friedhofswesen und Gebührenordnung der Einwohnergemeinde Olten/Genehmigung

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

Ausgangslage

Auf dem Oltner Friedhof Meisenhard werden sieben unterschiedliche Bestattungsmöglichkeiten angeboten. Mit dieser grossen Auswahl an Bestattungsmöglichkeiten kann den unterschiedlichen Bestattungswünschen weitestgehend Rechnung getragen werden (Erdbestattungen, Urnenbeisetzungen in der Erde, Urnennischen, Felsennischen, Kolumbarien, Urnenhaine, Gemeinschaftsgrab sowie Erdbestattung von Angehörigen muslimischen Glaubens). Mit der Wahl der Bestattungsart können Angehörige innerhalb der bestehenden Vorschriften die individuellen Wünsche betreffend Grabgestaltung und Grabschmuck selber steuern. Das Bestattungs- und Friedhofsreglement sieht mit der Bestattung im Gemeinschaftsgrab auch eine Bestattungsmöglichkeit ohne Grabmal, ohne persönliche Gestaltung und ohne Beschriftung vor.

Eine Motion von Arnold Uebelhart (SP) und Mitunterzeichnenden vom 26. Januar 2017 (Beilage 1) verlangte vom Stadtrat, dem Gemeindeparlament eine Reglements-Änderung vorzulegen, die Namenstäfelchen an einem geeigneten Ort im Bereiche der Gemeinschaftsgräber ermöglicht. Als Begründung wurde von den Unterzeichnenden angefügt, aus eigener Anschauung, aber auch von Berichten anderer Personen, die an Abdankungen am gemeinschaftsgrab teilgenommen hätten, habe sich die Empfindung ergeben, dass ganz ohne Namensbezeichnung der hier Begrabenen ein öffentliches Gedenken ausbleibe. Für die Einrichtung einer allfälligen Stele und auch die Herstellung der Namenstäfelchen wäre zu prüfen, den Gräberfonds (Konto 29100.24) zu gebrauchen.

In seiner Beantwortung hatte der Stadtrat erklärt, er sei bereit, die Beschriftungsmöglichkeit bei Bestattungen im Gemeinschaftsgrab zu prüfen. Deshalb empfahl er dem Gemeindeparlament, die Motion zu überweisen, was es denn auch am 18. Mai 2017 einstimmig tat.

Erwägungen

Gegenüber dem Bestattungsamt und dem Friedhof Meisenhard wurde nur selten ein Bedürfnis zur Beschriftung des Gemeinschaftsgrabes geäussert – weder von Angehörigen noch von anderer Stelle. Angehörige, die ein öffentliches Gedenken in Form einer Beschriftung wünschen, entscheiden sich meist für eine andere Bestattungsmöglichkeit (Erdbestattung, Urnenbeisetzung in der Erde, Urnennische, Felsennische, Kolumbarium, Urnenhain) oder sie haben neu die Bestattungsmöglichkeit im Gemeinschaftsgrab der Stadtkirche Olten, wo unabhängig der Religion beschriftete Bestattungen möglich sind.

Das Tiefbauamt der Stadt Olten hat bei einem Architekten eine Offerte für die Beschriftung des Gemeinschaftsgrabes eingeholt.

Die Offerte sieht Folgendes vor:

- Granitplatte quergestellt mit 12 aufmontierten Chromstahlplatten
- Auf jeder Chromstahlplatte haben je 20 Inschriften Platz (insgesamt 240 Inschriften)
- Kosten für die Granitplatte und die vorgegebenen Chromstahlplatten: 20'000 Franken

Vorgesehen ist, dass die Beschriftung auf der Chromstahltafel nicht unmittelbar nach der Bestattung angebracht wird, sondern 1 x pro Quartal. Die Gebühr pro Inschrift beträgt für Oltner Verstorbene pauschal CHF 50.- (für Auswärtige CHF 100.-). Sind alle 12 Chromstahltafeln beschriftet, so wird die erstbeschriftete Tafel ersetzt.

Das Gemeinschaftsgrab auf dem Friedhof Meisenhard besteht aus zwei grossen «Asche-Auffanggefässen». Das eine befindet sich links, das andere rechts vom Denkmal mit der Plastik des Bildhauers Jakob Probst. Es ist vorgesehen, nur eine Granitplatte beim linken Gemeinschaftsgrab anzubringen. Das rechte Gemeinschaftsgrab bleibt weiterhin den Bestattungen ohne Beschriftung vorbehalten.

Die Finanzierung der Granit- und Chromstahlplatten im Betrag von 20'000 Franken erfolgt über den Gräberfonds (Konto 29100.24). Die Kosten der Gravuren werden den Auftrag gebenden Angehörigen weiterbelastet.

Die Beschriftung des Gemeinschaftsgrabes erfordert eine Teilrevision des Reglements über das Bestattungs- und Friedhofswesen der Einwohnergemeinde der Stadt Olten (SRO 218): Art. 12 lit. 2 lautet heute wie folgt:

«Auf dem Gemeinschaftsgrab dürfen keine Grabmale erstellt, Beschriftungen angebracht oder auf andere Weise die Grabstätte persönlich gestaltet werden»

Er wird wie folgt angepasst:

«Auf dem Gemeinschaftsgrab dürfen keine Grabmale erstellt werden und die Grabstätte darf nicht persönlich gestaltet werden. Auf Wunsch werden der Name des/der Verstorbenen sowie das Geburts- und das Todesjahr angebracht.»

Damit die Kosten der Gravur weiterbelastet werden können, wird auch eine Teilrevision der Gebührenordnung der Einwohnergemeinde Olten (SRO 711) erforderlich: §41^{bis} Friedhofs- und Bestattungsgebühren wie folgt ergänzt:

		Olten/Starrkirch-Wil	Auswärtig
i)	Beschriftung Gemeinschaftsgrab	50.00 – 75.00	100.00 – 150.00

Beschlussesantrag:

I.

1. Der Teilrevision des Reglements über das Bestattungs- und Friedhofswesen (SRO 218), Art. 12 lit. 2, wird zugestimmt.
2. Der Teilrevision der Gebührenordnung der Einwohnergemeinde Olten (SR 711), §41^{bis} wird zugestimmt.
3. Die Motion Arnold Uebelhart (SP) und Mitunterzeichnende betr. Friedhofreglement/Gemeinschaftsgräber wird abgeschrieben.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

1. Ziff. I. 1 dieses Beschlusses untersteht dem fakultativen Referendum.
2. Ziff. I. 2 dieses Beschlusses untersteht dem fakultativen Referendum.

- - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

David Plüss, GPK: Ich halte mich ebenfalls kurz. Die Vorlage wurde eingehend vorgestellt, und die wenigen Fragen sind rasch geklärt worden. Zu erwähnen wäre zum Beispiel, dass die Beschriftung für gut 60 Jahre reichen würde. Die GPK kann der Vorlage so zustimmen.

Heidi Ehram, CVP/EVP/GLP: Auch unsere Fraktion hat ja im Mai 2017 einstimmig für die Überweisung der Motion von Arnold Uebelhart gestimmt und die vom Stadtrat vorgeschlagene Umsetzung des Anliegens beim Gemeinschaftsgrab mit den Namenstäfelchen, die man anbringen könnte, überzeugt. Sicher ist es auch gut und wünschenswert, dass eine Beisetzung im Gemeinschaftsgrab nach wie vor auch ohne Beschriftung möglich ist. Wichtig ist auch, dass die Kosten der Gravur weiterbelastet werden können. Die beantragten Gebühren für die Beschriftung der Chromstahlplatten sind massvoll und passen so in die Gebührenordnung des Friedhof- und Bestattungsgebührenreglement. Unsere Fraktion stimmt allen Anträgen dieser Vorlage einstimmig zu.

Felix Wettstein: Auch wir von den Grünen werden zustimmen. Wir finden dies ein nachvollziehbares legitimes Anliegen von Menschen, die eben beispielsweise schon zu Lebzeiten mit einer Verfügung im Todesfall genau diesen Wunsch äussern, dass sie zwar im Gemeinschaftsgrab bestattet werden können, aber dass man namentlich vorfindet, wer hier bestattet wurde. Ich möchte noch auf etwas hinweisen. Damit der Punkt mit den 60 Jahren dann auch wirklich hält, braucht es noch einen gewissen Witterungsschutz, wenn man im Wald einen Friedhof hat, dass man daran denkt, damit es dann nicht sehr bald beschlagen ist.

Reto Grolimund, FdP-Fraktion: Die Vorlage ist ja von Arnold Uebelhart gekommen. Um das Jahr auch etwas entspannt anzufangen, drängt sich hier lustigerweise wieder ein Globi-Zitat auf. «Da bleibt Globi sinnend stehen und beginnt ein Kreuz zu sehen. Es ist gross und

weiss und schlicht. Eine Inschrift sieht es nicht». Globi hat dazumal unter diesem Kreuz einen Schatz vermutet, und die Friedhofbesucher wissen, dass ihre Schätze dort liegen. Deshalb haben die Motionäre richtig erkannt, dass die Toten dort auch eine würdige Ruhestätte verdienen. Wir danken Arnold Uebelhart für seine umsichtige Motion und dem Stadtrat für die schöne Lösung, die vorgeschlagen wurde, und stimmen dieser Vorlage zu.

Laura Schöni, Olten jetzt!: Reto, megaherzlichen Dank für die schöne Ausführung. Was für ein toller Start! Wir stimmen allen Anträgen zu.

Dr. Arnold Uebelhart, Fraktion SP/Junge SP: Ich danke natürlich herzlich für die Aufnahme. Es ist zu einem Gespräch gekommen. Mein Nachbar, Urs Amacher, sitzt dort hinten. Martin Wey hat ja auch einmal in unserem Stadtanzeiger geschrieben. Daraufhin bin ich eigentlich darauf gekommen, und ich habe es auch an verschiedenen Orten bei Angehörigen gesehen, Gstaad usw. Das hat sehr schön ausgesehen. Ob dies 20 Jahre sind, weiss ich halt nicht. Im Bremgartenfriedhof in Bern ist es schon eine riesige Kolonne. Wir schauen. Aber ich danke vielmals für die Aufnahme. Danke.

Ursula Rüegg, SVP-Fraktion: Wir können auch eine kurze Antwort geben. Wir finden es gut, dass beide Varianten zur Verfügung stehen, mit und ohne Beschriftung, dass man die Gebühren überwälzen kann, und unterstützen somit die Beschlussesanträge des Stadtrates.

Beschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Der Teilrevision des Reglements über das Bestattungs- und Friedhofswesen (SRO 218), Art. 12 lit. 2, wird zugestimmt.
2. Der Teilrevision der Gebührenordnung der Einwohnergemeinde Olten (SR 711), §41bis wird zugestimmt.
3. Die Motion Arnold Uebelhart (SP) und Mitunterzeichnende betr. Friedhofreglement/Gemeinschaftsgräber wird abgeschrieben.
4. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

1. Ziff. I. 1 dieses Beschlusses untersteht dem fakultativen Referendum.
2. Ziff. I. 2 dieses Beschlusses untersteht dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an
Direktion Finanzen und Dienste
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 23. Januar 2019

Prot.-Nr. 35

Kulturzentrum Schützi/Leistungsvereinbarung

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Ende 2017 ist die bisherige, 10-jährige Leistungsvereinbarung, kombiniert mit einem Mietvertrag zwischen dem Trägerverein des Kulturzentrums Schützi und der Einwohnergemeinde Olten ausgelaufen. Rechtzeitig wurden im Jahr 2017 Verhandlungen aufgenommen. Dabei beantragte der Betreiberverein erstens eine Erhöhung des Unterhaltsbudgets und zweitens die Übernahme der Ausführungsverantwortung des gesamten Unterhalts durch die Schützi. Begründet wurde dies damit, dass die Schützi Mühe habe, ihre Kosten zu decken, dies trotz vieler unbezahlter Überstunden des bisherigen Geschäftsführers Oliver Krieg. Im Vorstand sei dieses Thema intensiv diskutiert und dabei vor allem an eine zukünftige jährliche Unterstützung durch die Stadt gedacht worden, als Abgeltung für die Leistungen der Vereinbarung. Da man diese Lösung erst als letzte Möglichkeit in Betracht ziehen wolle, habe der Vorstand bei einer Analyse der Ausgaben festgestellt, dass bei weitem nicht alle Stunden des Hilfspersonals weiterverrechnet werden könnten. Dabei stünden die Unterhaltsarbeiten im Vordergrund. Der Vorstand schlug deshalb vor, dass die Unterhaltsarbeiten gesamthaft der Stadt verrechnet werden könnten, und beantragte deshalb eine Erhöhung des Unterhaltsbudgets 2018 von Fr. 15'000 auf 33'000. Die Übernahme der Ausführungsverantwortung des gesamten Unterhalts durch die Schützi wurde von den Vereinsverantwortlichen als sinnvoll bezeichnet, da sie als Betreiber des Gebäudes die notwendig werdenden Arbeiten umgehend bemerkten und dann direkt zur Erledigung schreiten könnten.

Der Stadtrat antwortete vor der Budgetsitzung im November 2017, dass er den in den Vorjahren nicht ausgeschöpften Budgetbetrag Unterhalt Hochbauten, Gebäude von Fr. 15'000.- beibehalten werde. In Absprache mit der federführenden Direktion Bau könne dieser Betrag, der im Schnitt nur zu rund einem Drittel ausgeschöpft wurde, in Zukunft sicher noch besser genutzt werden. Hingegen lehnte der Stadtrat eine Erhöhung dieses Betrags ab, weil er der Ansicht war, dass die von Seiten des Vereins geltend gemachten Zusatzkosten eher der spezifischen Nutzung als Kulturzentrum als dem Gebäudeunterhalt zuzuordnen waren. Nicht ins Budget aufgenommen hat der Stadtrat einen Kulturbeitrag, der zu den bisherigen Leistungen der Stadt (unentgeltliches Zurverfügungstellen des Gebäudes sowie Übernahme von Heizung, Wasser, Energie und Sachversicherungsprämien) hinzukommen würde.

Ende November 2017 schrieb der Verein dem Stadtrat, der Vorstand habe beschlossen vorzuschlagen, im Moment keine neue Leistungsvereinbarung abzuschliessen, sondern die bestehende um ein weiteres Jahr zu verlängern. Der Verein würde in diesem Fall für sämtliche Arbeiten, welche von ihm ausgeführt würden und dem Unterhalt zuzurechnen seien, der Stadt Rechnung stellen. Bis Mitte 2018 werde sich dann zeigen, ob der Verein auf diese Art finanziell durchkomme. Falls ja, könnte dann eine neue Leistungsvereinbarung auf der bisherigen Basis abgeschlossen werden. Falls nein, «müssten wir den Abschluss einer neuen Leistungsvereinbarung von einem jährlichen Beitrag der Stadt an unsere Kosten abhängig machen». Der Stadtrat seinerseits erwiderte, einer Verlängerung der bestehenden Leistungsvereinbarung stehe seiner Ansicht nach nichts entgegen. Das bedeute aber auch, dass an der bisherigen Praxis betreffend Unterhalt gemäss Ziff. 6.1 der Leistungsvereinbarung festgehalten wird: Die Leitung der Schützi bringt ihre Anliegen betreffend Gebäudeunterhalt bei der Direktion Bau ein. Aufträge werden nur durch die Direktion Bau erteilt und diese trägt nur Kosten für von ihr erteilte Aufträge.

In der Zwischenzeit wurden die Verhandlungen zwischen Schützi und Einwohnergemeinde intensiv weitergeführt. Ergebnis sind die vorliegende Leistungsvereinbarung und der vorliegende Mietvertrag, die von Seiten der Schützi bereits unterzeichnet wurden.

2. Erwägungen

Die Schützi übt seit über 20 Jahren im Oltner Kultur- und Veranstaltungsprogramm eine sehr wichtige Funktion aus. Handelt es sich doch um einen grosszügigen, nutzungsflexiblen und zugleich niederschweligen Veranstaltungsraum, der vom zuständigen Verein mit Umsicht und auch mit Rücksicht auf die Umgebung bespielt wird. Die in der Schützi stattfindenden Veranstaltungen – u.a. Kabarett-Tage, Tanztage, JKON, Buchfestival, OltenAir etc. – haben denn auch eine Ausstrahlung weit über die Stadt hinaus. Hinzu kommt, dass die Schützi zahlreiche kulturelle und soziale Anlässe in Form von Preisreduktionen finanziell unterstützt, diese teilweise dadurch überhaupt ermöglicht und dadurch auch die Einwohnergemeinde in ihrem Engagement entlastet. Die entsprechenden Reduktionen betragen beispielsweise im Jahr 2017 total 57'966 Franken, davon 27'296 im Bereich Tanz/Theater/Poetry Slam, 13'805 Franken im Bereich Konzerte und 16'865 Franken für Anlässe der Stadt (gemäss Leistungsvereinbarung) und von sozialen Institutionen.

Der Stadtrat anerkennt ausdrücklich die grossen Leistungen des Vereins Kulturzentrum Schützi, sowohl des Vorstands wie auch des Ende Jahr in Pension gehenden, langjährigen Geschäftsführers Oli Krieg. Mit ihrer Arbeit, insbesondere auch mit dem Kultur- und Sozialengagement von mehreren zehntausend Franken jährlich, mit dem der Verein vergünstigte Tarife anbietet, leistet die Schützi einen wesentlichen Beitrag an die Oltner Kulturszene.

Im Gegenzug stellt die Einwohnergemeinde seit Anbeginn dem Kulturverein die Lokalität der «Schützi» zur Verfügung und kommt auch für die Energiekosten auf. In der ersten, zwölf Jahre geltenden Vereinbarung aus dem Jahr 1997 wurde die Lokalität für einen symbolischen Mietpreis von CHF 100 überlassen. In der zweiten Vereinbarung ab 2008 wurde sogar auf die Erhebung dieses Mietzinses verzichtet. Im Rahmen der Neuverhandlungen wurde nun festgestellt, dass das Mietrecht die Deklaration eines Mietzinses verlangt, ansonsten es sich um eine Gebrauchsleihe handeln würde. Eine solche würde indessen das Regeln sehr vieler Details erfordern, welche im Mietrecht bereits geregelt sind.

Aus diesem Grund sowie aus Gründen der Transparenz, welche auch eine wesentliche Vorgabe des neuen Rechnungsmodells HRM2 darstellt, und der angestrebten generellen Systematisierung der Leistungsvereinbarungen hat sich der Stadtrat entschieden, den Mietzins im neuen Mietvertrag transparent auszuweisen, als Abgeltung für die durch die Mieterin erbrachten Leistungen im Kulturbereich aber in der Leistungsvereinbarung auf die Erhebung dieses Mietzinses und der Heiz- und Betriebskosten zu verzichten. Auf diese

Weise wird das Engagement der Einwohnergemeinde auch betr. Kulturzentrum Schützi beziffert und somit sichtbar.

Für die Berechnung der Nettomiete wurde durch die Direktion Bau ein Quadratmeterpreis von CHF 150 errechnet. Zusammen mit den Heiz- und Betriebskosten ergibt sich ein Mietzins von CHF 125'900 jährlich. Da ein Einnahmenverzicht rechtlich einer Ausgabe gleichzusetzen ist, ist die Leistungsvereinbarung durch das Parlament zu genehmigen (>CHF 40'000/Jahr) und unterliegt dem fakultativen Referendum (>CHF 60'000/Jahr).

Neu in die Leistungsvereinbarung aufgenommen wurden u.a. folgende Punkte:

- Koordination des Angebots auch mit dem Betrieb des Schwimmbads
- Regelung betreffend Freihaltezone und Zugang zum Schwimmbad
- Beitrag für Instandhaltung in der Höhe von CHF 15'000 (sofern im Budget vom Gemeindeparlament bewilligt)
- Festschreibung der finanziellen Unterstützung von kulturellen und sozialen Anlässen durch die Schützi in Form von Preisreduktionen als eine der Voraussetzungen für den Verzicht auf die Erhebung des Mietzinses und der Heiz- und Betriebskosten

Neu im Mietvertrag sind u.a. folgende Punkte:

- Definition Mietzins
- Neuregelung Mietdauer und Kündigungsfrist
- Genauere Abgrenzung der Zuständigkeiten von Vermieterin und Mieterin betr. Betrieb und Unterhalt und der entsprechenden Finanzierung

Beschlussesantrag:

1. Dem Verzicht auf die Erhebung des Mietzinses und der Heiz- und Betriebskosten im Betrag von total CHF 125'900 jährlich und der Gewährung eines Beitrags für die Instandhaltung in der Höhe von CHF 15'000 jährlich gemäss Leistungsvereinbarung zwischen der Einwohnergemeinde Olten und der Vereinigung Kulturzentrum Alte Turnhalle Schützenmatte wird zugestimmt.
2. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

- - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Urs Knapp begibt sich in den Ausstand, weil sein Bruder Geschäftsführer des Kulturzentrums Schützi ist.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

Corina Bolliger: In der GPK hat es keine allzu grosse Diskussion darüber gegeben, ob die Schützi weiterhin den Auftrag erhalten soll, für die städtische Kultur tätig zu sein. Alle Mitglieder waren sich einig, dass die Schützi ein guter und wichtiger Job für unsere Stadt macht. Zwei bzw. drei Fragen haben vor allem interessiert. Einmal die Frage, ob uns diese Leistungsvereinbarung mehr kostet als vorher, ob die Stadt die ganzen Heizkosten der Schützi übernehme, auch wenn es einmal ein ausserordentlich kaltes Jahr geben würde oder die Heizkosten auf einmal rasant steigen würden. Die dritte Frage, wieso mit einem so hohen Quadratmeterpreis gerechnet werde. Auf diese Fragen haben wir dann folgende Antworten erhalten: Die Kosten, welche die Schützi im Budget von Olten auslöst, bleiben die gleichen wie bisher auch. Die Heizkosten werden vollumfänglich von der Stadt getragen, so

wie es bisher auch gehandhabt wurde, und auf die Frage nach dem Quadratmeterpreis haben wir nachträglich noch folgende Antwort erhalten: Dieser Preis ist im Vergleich mit beheizten Gewerberäumlichkeiten in der Region zustande gekommen, die auch eher zentral liegen und allenfalls spezielle Raumqualität beinhalten, so zum Beispiel die Raumhöhe oder ein spezielles Dach. An dieser Stelle möchten wir uns noch für die rasche Lieferung der Antworten bedanken. Falls Ihr Euch gefragt habt, was ein Goodwill-Ausschluss ist. Ihr wart nicht die Einzigen. Das sei eine Regelklausel in Verträgen mit Gewerberäumlichkeiten, wo es darum geht, dass bei einer Übergabe an einen neuen Mieter oder eine neue Mieterin nicht die Schlüsselgelder oder übertriebene Entschädigungen für Mobiliar und Ausstattung verlangt werden dürfen. Man sieht also, dass die GPK-Sitzungen durchaus nützlich und informativ sind. Da die Leistungsvereinbarung jetzt klarer geregelt hat, wer welche Verantwortung wofür trägt, kann diesem Vertrag nichts mehr im Wege stehen, und die GPK empfiehlt dem Parlament einstimmig, diesem Geschäft zuzustimmen. Merci vielmals.

Stadtpräsident Dr. Martin Wey: Herzlichen Dank, Corina, für die sorgfältige Berichterstattung aus der GPK. Der Stadtrat ist froh und auch glücklich und hat Freude, dass die Leistungsvereinbarung abgeschlossen werden konnte. Vorweg: Das Parlament genehmigt nicht die Leistungsvereinbarung, sondern entscheidet über den Verzicht von Mietzins inklusive Heizkosten. Nichts destotrotz war uns wichtig, dass wir Transparenz betreffend die Vertragswerke, die der Stadtrat vorbereitet hat, schaffen. Die entsprechenden Unterlagen sind bereits von der Partei der Schützi unterzeichnet worden. Es ist einmal eine Frage im Parlament gestellt worden. Kann die Schützi ohne Leistungsvereinbarung überhaupt noch funktionieren? Ich habe damals gesagt, es läuft weite. Praktisch und faktisch haben wir die gleiche Leistungsvereinbarung. Es hat auch gezeigt, dass dies über eine längere Zeit, selbst ohne schriftliche Vereinbarung, funktioniert hat. Das dokumentiert eigentlich auch, dass die Schützi über Jahrzehnte, wie man schon fast sagen kann, nicht nur einen guten Job macht, sondern schlussendlich auch das Verhältnis mit der Stadt funktioniert. Es hat Reibungsflächen gegeben. Das konnte man im Rahmen der Vertragsverhandlungen ausräumen. Aber es war wichtig, dass diese Schnittpunkte ausdividiert wurden, dass die Rollenteilung, wer für welchen Unterhalt zuständig ist, auch klar niedergeschrieben werden konnte. Ich danke an dieser Stelle im Namen des Stadtrates auch den Betreibern bis anhin, insbesondere Oli Krieg und dem Team, für die tolle Arbeit. Ich freue mich, und der Stadtrat freut sich, mit dem neuen Geschäftsführer zusammen, mit dem Vorstand, die weitere Arbeit und Zusammenarbeit weiter führen zu können. Wie gesagt, sind die Vertragsverhandlungen geführt worden. Insbesondere ist uns dann im Stadtrat aufgefallen, dass die unterschiedlichen Quersubventionierungen von Kulturbetrieben insbesondere damit zusammenhängt, dass der Schützi-Verein quasi speziell auch Überschüsse direkt den Kulturschaffenden übertragen hat. Die Schnittstellen sind geklärt, damit auch die Voraussetzungen bestens, damit wir in Zukunft mit einem ganz tollen Kulturort in dieser Stadt wieder zu weiteren tollen Ausstrahlungen kommen.

Florian Eberhard: Die Fraktion SP/Junge SP ist zufrieden mit dieser Vorlage. Wir haben bereits mehrfach betont, wie wichtig die Schützi und auch die Menschen, welche die Schützi betreiben, für das kulturelle Leben in Olten sind. Deshalb stehen wir voll und ganz hinter dieser neuen Leistungsvereinbarung. Auch aus dem Umfeld der Schützi haben wir vernommen, dass man mit der neuen Situation durchaus zufrieden ist. Besonders freut uns auch, dass der Stadtrat das Schaffen der Bisherigen, Oli Krieg und Esther Straumann, der neuen Leitung sowie allen Menschen im Umfeld des Vereins Schützi wertschätzt. Olten ist vor allem eine Kulturstadt wegen des grossen Herzbluts und der grossen Zahl von Freiwilligenarbeit, die jeden Tag geleistet wird. Das kulturelle Schaffen ist einer unserer grössten Standortvorteile und hat Strahlkraft weit über die Region hinaus. Schön also, dass in dieser Vorlage ein klares Bekenntnis zu einem der Leuchttürme von Olten ist. Wir werden dem Beschlussesantrag einstimmig zustimmen.

Daniel Kissling: Auch Olten jetzt! freut sich sehr über diese Vorlage und stimmt ihr geschlossen zu. Man muss sagen: Endlich. Es hat jetzt doch über ein Jahr gedauert, bis die Vorlage zustande gekommen ist. Wenn man dann sagt, es ist alles ganz locker gelaufen, und scheinbar hat die Stadt alles im Griff, muss ich schon etwas schmunzeln, weil man

mitbekommen hat, dass dies nicht so war. Auch wenn man erst jetzt in diesem Prozess herausfindet, wie wichtig die Schützi ist, zeigt dies, wie wenig das Bewusstsein für die kulturellen Orte in dieser Stadt vorher vorhanden war. Ob es daran liegt, dass man kein Interesse hat, wage ich nicht zu unterstellen. Es liegt wahrscheinlich vielmehr daran, dass die Ressourcen immer noch fehlen, um sich mit der Kultur in dieser Stadt wirklich auseinanderzusetzen. Wichtig ist uns auch noch zu sagen, dass es wahrscheinlich kaum eine Stadt gibt, die ein Lokal wie die Schützi für so wenig Geld bekommt. Das muss man sich einfach auch einmal bewusst sein. Es ist eigentlich für die Stadt ein Schnäppchen, das man hier hat. Jetzt darf sich die Stadt nicht darauf ausruhen und sagen, jetzt haben wir mit einer Leistungsvereinbarung genug für die Kultur gemacht. Wie gesagt, kostet es ja keinen Rappen mehr. Ausserdem hoffe ich, dass es in Zukunft nicht eineinhalb Jahre dauern wird, um eine Leistungsvereinbarung zu verlängern, und vor allem auch, dass es nicht zu Kollateralschaden wie eine unvorhergesehene Frühpensionierung des Leiters kommt.

Michael Neuenschwander, Fraktion Grüne: Wir haben an unserer Fraktionssitzung zuerst vor allem einmal die Erwägungen unter Ziffer 2 des Berichts und Antrags als positive Stellungnahme der Stadt gewürdigt. Es ist eine gute Zusammenfassung, was die Schützi eigentlich bedeutet, und es freut uns auch, dass dies im Stadthaus nach wie vor so gesehen wird, obwohl es im letzten Jahr ein paar Misstöne gegeben hat. Wir stehen natürlich ebenfalls voll und ganz hinter dieser Vorlage, gerade auch, weil die Trägerschaft Schützi den Mietvertrag bereits unterschrieben hat, obwohl es dort ein paar Sachen drin hat, die für uns etwas verwirrend ausgesehen haben. Unter Ziffer 9.2 und 10.2 hat es ein paar widersprüchliche Sachen. Aber ich habe mir dann versichern lassen, dass sie kein grösseres Problem darstellen sollten, was die finanzielle Lage der Trägerschaft anbelangt. Ich kann Daniel Kissling in dem Sinne zustimmen, dass wir für die rund Fr. 140'000.—, die hier ausgewiesen werden, die es die Stadt kostet, ein riesiges, gutes, breites Angebot in der Schützi haben, die wir hoffentlich für die nächsten zehn Jahre in diesem Sinne auch sichern können. Wir möchten gerne noch darauf hinweisen, dass das Angebot unter anderem so breit ist, weil genau das, was manchmal von gewissen Kreisen als negativ bezeichnet wird, nämlich die Quersubventionierung, dort eine grosse Rolle spielt. Das heisst, dass man mit den Einnahmen bei kommerziellen Anlässen eben gewisse nicht kommerzielle kulturelle Anlässe tragen kann. Das ist natürlich für uns ein Riesengewinn. Wir werden diesem Geschäft gerne zustimmen.

Muriel Jeisy, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Auch wir sehen die Schützi als Gewinn für Olten und hatten Freude an dieser Vorlage und werden sie auch einstimmig unterstützen. Wir finden es positiv, dass alle Seiten jetzt zufrieden sind und man eine gute langfristige Leistungsvereinbarung ausarbeiten und auch Transparenz bezüglich Kosten ausweisen schaffen konnte.

Matthias Borner: Dieses Geschäft ist auch in der SVP eigentlich weitgehend nicht auf grossen Widerstand gestossen. Die Schützi ist eine wichtige Institution. Man muss zu diesem Geschäft auch sagen, dass eine hohe Transparenz herrscht. Wir hatten schon sehr viele andere Geschäfte, bei denen wir die Leistungsvereinbarung nicht gesehen haben. Dann hiess es, wir erarbeiten dies, wenn Ihr es bewilligt habt. In diesem Fall haben wir alles schon bereit, von der Gegenpartei schon unterschrieben. Wir haben sogar den Mietvertrag. Das muss man sicher einmal sagen. Vielen Dank für die grosse Transparenz. Die Schützi bietet ja auch einen Platz für unterschiedlichste Events. Ich war schon an einer Lesung. Oder Fasnachts-Partys oder weiss ich was. Die Fächerung ist wirklich unglaublich breit und sicher für uns auch wichtig. Was Corina Bolliger wegen des Goodwills vorhin genannt hat, ist auch etwas, das man gibt, von wegen, dass wir ein solches Lokal so günstig bekommen. Sie müssen es nicht zahlen, dass Schützi schon ein Name ist. Die Leute wissen, wo die Schützi ist. Es hat auch viele Parkplätze, die zu gewissen Zeiten übrigens noch gratis und dadurch sicher auch ein wichtiger Punkt in der Stadt Olten mit gutem Anschluss sind. Vielleicht fehlt ein wenig, dass nirgends steht, ob die Schützi Gewinn macht oder nicht. Das ist uns eigentlich nicht ganz klar. Es wäre vielleicht noch gut gewesen. Wir wünschen der neuen Geschäftsleitung sicher das Beste und sind gespannt, wie es weiter herauskommen und sich entwickeln wird.

Simone Sager: Auch bei uns in der FdP stand es eigentlich nicht zur Diskussion, ob es subventioniert werden soll oder nicht. Das Einzige, was für uns etwas fraglich war, ist, dass wir heute über Fr. 140'000.— pro Jahr diskutieren. Es sind mehr als Fr. 10'000.— pro Monat, die dem Verein gutgeschrieben werden, ohne dass wir irgendwelche Papiere erhalten haben, wie es um den Verein steht. Jetzt haben wir die Leistungsvereinbarung dazu bekommen. Aber auch in der alten Leistungsvereinbarung stand, dass Jahresabschlüsse dargelegt werden müssen. Für uns wäre schon auch noch wichtig gewesen zu sehen, ob es überhaupt minus sind, die man überall liest oder nicht. Wenn sie plus machen würden und es nachher der Stadt zurückgeben, subventioniert man eigentlich mit den Steuergeldern das Plus. Das hat uns eigentlich gefehlt. Wir haben dann versucht, via Stadt Unterlagen einzuholen. Das hat dann nicht geklappt. Dann haben wir direkt mit dem Verein Kontakt aufgenommen. Auch dort ist bestätigt worden, dass keine Plus vorhanden sind. Aber wir möchten etwas zu bedenken geben, wenn man eine Institution mit einem so hohen Betrag jährlich subventioniert, ob man nicht in irgendeine Klausel einer Vereinbarung nehmen könnte, dass, wenn ein Plus gemacht wird, dies auch zugunsten der Stadt kommt. Es ist klar, dass wir auch den Mietvertrag auseinandergenommen haben. Für uns ist einfach nicht so ganz klar ist die Geschichte mit den Fr. 15'000.—, wo die Unterhaltskosten, die zulasten des Mieters gehen, Fr. 15'000.— übernommen werden. Verstehen wir dies richtig, dass alle Kosten, die zulasten Mieter wären, bis zu einem Betrag von Fr. 15'000.— von der Stadt übernommen werden, sprich, jetzt einfach ein Beispiel, das Ersetzen der Glühbirnen könnten sie in Rechnung stellen oder sämtliche Reinigungen, oder wie ist dies genau gemeint? Was zulasten Vermieter, Stadt, geht, ist ja unter Punkt 9.1 klargestellt. Der einzige grosse Punkt, den ich im Mietvertrag sehe, ist vor allem die Wasseraufbereitungsanlage, die relativ teuer werden könnte. Das war für uns ein wenig unklar. Die Fraktion wird, ich weiss nicht, nachdem wir vom Verein Schützi auch alle Informationen erhalten haben, ob wir alle zustimmen werden oder es noch gewisse Enthaltungen gibt. Aber wie gesagt, es hat nichts damit zu tun, dass wir dagegen sind oder uns nicht klar ist, dass eine Schützi wichtig ist, sondern eigentlich, weil uns diese Papiere wirklich gefehlt haben. Im Dezember haben wir eine andere Vorlage diskutiert, bei der diese Institutionen fast die Hosen herunterlassen mussten. Dass nicht noch die Belege kopiert und abgegeben worden sind, hat man quasi nicht verlangt. Hier war es wirklich etwas dürftig.

Beschluss

Einstimmig fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Dem Verzicht auf die Erhebung des Mietzinses und der Heiz- und Betriebskosten im Betrag von total CHF 125'900 jährlich und der Gewährung eines Beitrags für die Instandhaltung in der Höhe von CHF 15'000 jährlich gemäss Leistungsvereinbarung zwischen der Einwohnergemeinde Olten und der Vereinigung Kulturzentrum Alte Turnhalle Schützenmatte wird zugestimmt.
2. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an
Direktion Präsidium
Direktion Finanzen und Dienste
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 23. Januar 2019

Prot.-Nr. 36

Motion: Mehr Einwohner*innenbeteiligung durch Digitalisierung/Beantwortung

Am 21. März 2018 hat die Fraktion SP/JSP zuhanden des Stadtrats folgenden Vorstoss eingereicht:

«Im Sinne der Transparenzförderung und somit der Glaubwürdigkeit sowie des erleichterten Zugangs zu Informationen wird der Stadtrat aufgefordert, eine Strategie in Bezug auf die erweiterten Möglichkeiten, welche die Digitalisierung an Einwohner*innen-Beteiligung bietet auszuarbeiten. Diese Strategie soll Zielsetzungen, Tätigkeiten und Zuständigkeiten der Stadtverwaltung in relevanten Themenfeldern festlegen. Für die Umsetzung der Strategie und deren Pilotprojekte müssen ausreichend Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden.

Begründung

Eine gesamthafte Digitalisierungsstrategie der Gemeinde Olten erachten wir dann als zielführend, wenn es sich um nachhaltige Entwicklungen handelt, welche stets einen direkten Nutzen für die Bevölkerung, Umwelt oder Verwaltung anstreben. Aus Gründen der Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Stellen, der Zivilgesellschaft und Unternehmen, erachten wir den offenen Zugang zu Informationen als fundamental (bspw. via Open Government Date und Open Source Software). Für die Fraktion SP/Junge SP ist dabei selbstverständlich, dass der offene Zugang für Informationen gilt, die dem Öffentlichkeitsprinzip unterliegen. Im Gegensatz dazu sind sensible Daten zu schützen und beispielsweise keinesfalls durch unsichere «Cloud Speicherungen» zugänglich zu machen. Auch eine Auseinandersetzung mit sicherheitsrelevanten Aspekten der Digitalisierung erscheint uns daher unbedingt als notwendig.

Digitalisierungsprozesse bieten auch viele Chancen und neue Herangehensweisen an. Damit diese Möglichkeiten erfasst und evaluiert werden können, braucht es eine strategische Auseinandersetzung mit der Thematik. Als Beispiele können Ansätze wie die Open Smart City herangezogen werden.»

- - - -

Stadtrat Benvenuto Savoldelli beantwortet die Motion im Namen des Stadtrats wie folgt:

Die Stadt Olten war und ist bereits heute in Digitalisierungsprojekten involviert, welche den Einwohnenden zu Gute kommen. Genannt werden darf sicher die Teilnahme an E-Voting-Projekten, welche dann aber vom Kanton nicht weitergeführt worden sind. Aktuell beteiligt sich die Gemeinde an Projekten wie e-Umzug. Weitere Möglichkeiten wie E-Rechnung oder E-Invoicing werden laufend auf ihre Möglichkeiten mit Softwareanbietern geprüft. Die Stadt stellt ihren Einwohnerinnen und Einwohnern bereits heute auf ihrem Webportal viele Möglichkeiten einer aktiven Kommunikation mit der Verwaltung zur Verfügung.

Ansätze wie «Smart City» oder «Open Smart City» zielen jedoch nicht nur auf Verwaltungsprojekte oder auf die erwähnte «Digitalisierung» ab, sondern auf spartenübergreifende Projekte innerhalb des städtischen Gebietes, welches auch z.B. auf die Gebäudetechnik Auswirkungen haben kann. Auf der Seite von Smart City Schweiz (Partner Bundesamt für Energie, Sektion Gebäude) wird Smart City wie folgt beschrieben:

"Eine Smart City bietet ihren Bewohnern hohe Lebensqualität bei minimalem Ressourcenverbrauch dank einer intelligenten Verknüpfung von Infrastruktursystemen (Transport, Energie, Kommunikation, etc.) auf unterschiedlichen hierarchischen Stufen (Gebäude, Quartier, Stadt).

"Intelligent" ist in diesem Zusammenhang nicht automatisch mit "IT" gleichzusetzen. Bei ähnlicher Performance sind passive oder selbstregulierende Mechanismen den aktiv geregelten Ansätzen vorzuziehen."

Der Stadtrat sieht sich hier insbesondere bei Neu-, Um- und Erweiterungsbauten in der Pflicht, smarte Lösungen in Bezug auf neue Infrastrukturtechnologien oder Vernetzungen zu prüfen (aktuell App-Lösung beim Parkleitsystem). Dies jedoch immer unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit. Digitalisierung wird deshalb nicht ein Projekt als solches sein, sondern muss eine Daueraufgabe werden.

Aus kreditrechtlichen Gründen sind bei künftigen Projekten Massnahmen von «Smart City» einzeln zu prüfen und im Rahmen des einzelnen Projektes dem entsprechenden Bewilligungsorgan vorzulegen.

Die Motion zielt mit Ausnahme der «Cloud Speicherung» im Grundsatz auf strategische Fragen ab. Im Rahmen künftiger Smart City Ansätze oder künftiger Verwaltungslösungen kann eine Cloud Speicherung, unter der Voraussetzung einer stufengerechten Datensicherheit, eine sinnvolle und smarte Lösung sein. Der Stadtrat muss davon ausgehen, dass diese explizite Forderung aus vertraulichen Kommissionssitzungen in die Motion eingeflossen ist.

Aufgrund der obenstehenden Erwägungen betreffend Zuständigkeiten, Kostenfolgen und Integrationsmöglichkeit in Nachhaltigkeitsbeurteilung empfiehlt der Stadtrat den Motionärinnen und Motionären die Umwandlung des Vorstosses in ein Postulat und dem Gemeindeparlament dessen Erheblicherklärung. Sollte an der Form der Motion festgehalten werden, empfiehlt der Stadtrat diese nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Dr. Rudolf Moor: Die Motion ist schon vor längerer Zeit eingereicht worden. Sie ist sehr abstrakt formuliert. Das ist uns bewusst. Es geht aber auch um ein sehr abstraktes Thema. Es geht nämlich um die konzeptionellen Grundsätze der Stadt im Umgang mit der Digitalisierung. Ganz konkret geht es um Fragen des Datenschutzes, der effizienten Nutzung neuer Möglichkeiten. Ganz wichtig von der Antizipation kommender absehbarer Entwicklungen, dass man sich nicht von neuen Entwicklungen und neuen Risiken, die hier auf uns zukommen können, überfahren lässt. Es geht aber zum Beispiel auch um die Ablage von Daten, die Frage, sind Cloud-Lösungen, die heute durchaus üblich sind, nur für gewisse, sind sie überhaupt für keine Daten einer öffentlichen Stadt oder sind sie für alle Daten geeignet? Das sind konzeptionelle Fragen, bei denen aus unserer Sicht ein Gemeinwesen klare Positionen haben muss, bei denen man die Risiken kennen muss, bei denen man die Vorteile und die Nachteile solcher Lösungen kennen muss. Die Antwort des Stadtrates wird aus unserer Sicht dem Abstraktionsgrad nicht ganz gerecht. Im Vordergrund steht aus unserer Sicht wirklich der Konzeptaspekt. Nicht ganz konkret, was man macht, sondern dass man sich eben konzeptionell überlegt, wie man diese Themen angehen will. Eine konkrete

Umsetzung kann nämlich nur ein Resultat einer guten, kompetenten Konzeptarbeit sein. Die Antwort sagt auch, dass eine vertiefte Auseinandersetzung mit diesen aktuellen und auch mit den zukünftigen Aspekten der Digitalisierung in der Verwaltung der Stadt Olten zwingend ist. Man kann daraus lesen, dass dies offenbar zu wenig gemacht wurde. Unter Berücksichtigung all dieser Umstände und eben der Bekenntnisse, dass man wahrscheinlich eigentlich noch gar nicht so weit ist, dass man die Motion umsetzen könnte, sind wir mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden und sind aber selbstverständlich für die Erheblichkeit und finden unbedingt, dass die Stadt Olten, die Verwaltung, dieses Thema dringend angehen und die konzeptionellen Grundlagen erarbeiten sollte.

Myriam Frey Schär, Fraktion Grüne: Wir stellen uns gerne hinter den Vorstoss, und wir sind auch der Meinung, dass es eine Petition sein sollte, weil dies für uns ein klarer Prüfauftrag ist. Wenn daraus dann schon Kosten entstehen sollten, zum Beispiel durch externe Gutachten oder solche Sachen, sind wir gerne bereit, diese im Bedarfsfall als Parlament auch abzusegnen. Aber es ist klar, dass es zuerst einmal darum gehen sollte, überhaupt eine Auslegeordnung zu machen, das Konzeptionelle zu verstehen, was der Markt im Moment so hergibt und was sinnvoll wäre, respektive was man als Stadt im Moment sinnvollerweise eben nicht machen sollte. Die Stadt sollte im Speziellen prüfen, welche Tools es aktuell gibt, wer sie braucht, welche Erfahrungen andere Städte schon gemacht haben, wir müssen ja das Rad nicht immer neu erfinden, wo wir technologisch in Bezug auf Datensicherheit stehen und den Umgang mit Big Data. Da sind im Moment enorm viele Fragezeichen vorhanden und so weiter, und so weiter. Diese Sachen sind ja permanent im Fluss und müssen vorzu neu evaluiert werden. Im Moment stehen wir an einem Punkt, an dem Olten tatsächlich nicht viel mehr als eine Website zu bieten hat, und diese ist erst noch schlechter als die vorhergehende. Unter fortschrittliche digitale Partizipationsmöglichkeiten stellen wir uns auch etwas Anderes vor. Wir glauben, es wäre in diesem Zusammenhang sinnvoll, vielleicht die Zusammenarbeit mit einem spezialisierten Büro oder mit einer Hochschule zu suchen und aus ihren Erkenntnissen Massnahmen abzuleiten. Über diese werden wir hier gerne wieder diskutieren.

Daniel Kissling: Natürlich ist auch Olten jetzt! dafür, dass die Stadt mit der Digitalisierung vorwärts macht und auch Sachen wie Open City und Open Data mehr nutzt. Gerade auch Partizipation, gerade auch Open Source Programm etc. und Transparenz sind wichtig und können heute zum Teil auch mit wenig Geld rasch gelöst werden. Das ist gleichzeitig auch nicht zuletzt, mein Fraktionsmitglied Tobias Oetiker, der heute nicht da ist, hat mich darauf hingewiesen, in dieser Motion, bei der wir auch dafür sind, dass man sie in ein Postulat umwandelt, etwas unglücklich formuliert. Wenn man jetzt einen grossen 20-Jahresplan über Digitalisierung machen will oder nur schon einen 5-Jahresplan, macht dies bei diesem Projekt wenig Sinn, weil sich die Digitalisierung schnell wandelt. Man muss es immer wieder neu machen, wie Myriam schon gesagt hat, und es geht hier auch nicht darum, möglichst viel Geld hinzuwerfen und zu sagen, macht einmal damit. Auch dies ist nicht die Lösung. Man kann günstige Varianten machen, die gerade auch noch demokratischer sind, als wenn man jetzt ein grosses teures Produkt einkauft. Deshalb finden wir den ganzen Vorstoss etwas unglücklich und auch ein wenig nichtssagend formuliert. Aber die Stossrichtung gefällt uns natürlich. Noch kurz zum Geld: Wir werden später noch über eine andere Vorlage diskutieren, nämlich die Geschichte mit dem Internet im Stadthaus. Dort zeigt sich eben auch, dass man, wenn man alte grosse Lösungen nimmt, zum Teil auch viel zu viel Geld budgetieren kann und dies wiederum ein Grund sein kann, dass hier etwas scheitert. Deshalb machen wir beliebt, dass man bei der Digitalisierung nicht unbedingt das teuerste Modell vor Augen haben sollte.

Beschluss

Mit 29 : 2 Stimmen wird die Motion in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt.

Mitteilung an
Direktion Finanzen und Dienste, Urs Tanner
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 23. Januar 2019

Prot.-Nr. 37

Motion Fraktion SP/JSP betr. Verbesserung der Beleuchtung für Velofahrer und Fussgänger/Beantwortung

Am 21. März 2018 hat die Fraktion SP/JSP folgenden Vorstoss eingereicht:

«Der Stadtrat soll einen konkreten Auftrag erarbeiten, der die Städtischen Betriebe Olten (sbo) auffordert, die Beleuchtung der Verkehrswege für Fussgänger und Velofahrer mit modernen energiesparenden Leuchtmitteln innerhalb der nächsten 2 Jahre so zu verbessern, dass die objektive und subjektive Sicherheit für die Velofahrer und die Fussgänger deutlich verbessert wird. Als Mass sollen nicht gesetzliche Mindestanforderungen oder Minimalanforderungen einer Norm dienen, sondern die heute mögliche «best practise».

Begründung

- Viele städtische Verkehrswege für Velofahrer und Fussgänger sind heute mit alten, wenig energieeffizienten Leuchtmitteln nur spärlich angeleuchtet. Beispiele sind viele Unterführungen (im Gegensatz zu jenen der SBB am Bahnhof), die alte Aarauerstrasse, der Salzhüslweg, die Geh- und Veloverkehr entlang der Aare, viele Kreuzungen und weitere...
- Der aktuelle Zustand steht in Widerspruch zu den Zielsetzungen des Mobilitätsplans, den Fussgänger- und Veloverkehr attraktiv zu gestalten.
- Eine Umsetzung ist aus Sicht der Motionäre in 1-2 Jahren möglich.
- Die Kosten werden dem Vorteil angemessen sein und stehen in einem sehr guten Verhältnis zu andern Massnahmen oder den Kosten für die Optimierungen des motorisierten Verkehrs.»

* * *

Stadtrat Thomas Marbet beantwortet die Motion im Namen des Gesamtstadtrates wie folgt:

Neben der Sicht und dem Benutzerkomfort entscheidet die Qualität einer Ausleuchtung auch über das Sicherheitsempfinden der Nutzer/innen. Daher ist die Wahl der richtigen Beleuchtung von Fussgänger- und Veloverkehrsrouten für den Stadtrat ein wichtiges Anliegen.

Die Beleuchtungsstärke ist nicht abhängig von der Technologie des Beleuchtungsmittels. Auch mit herkömmlichen Lichtquellen kann eine geeignete Ausleuchtung erzeugt werden. Eine Umstellung auf neue energiesparende Technologien erfolgt aus Gründen der Energieeffizienz. Als Energiestadt und mit dem Ausblick auf geringere Betriebskosten wird mittel- bis langfristig eine vollständige Umstellung der Leuchtmittel angestrebt.

Eine Umrüstung beinhaltet weit mehr als das Auswechseln von Lampen. Da mit einer Installation der neuen Infrastruktur ohne Abstimmung mit den Unterhalts- und Erneuerungszyklen grosse Kostenfolgen resultieren und nicht durch einen verfrühten

Wechsel zu viel graue Energie von gut funktionierenden Einheiten vernichtet werden soll, erfolgt diese Umstellung zwingend in Etappen und über einen Zeitraum, welcher sich an der Lebensdauer der Beleuchtungsinfrastruktur orientiert.

In der Regel sind die Langsamverkehrsverbindungen situationsgerecht ausgeleuchtet. Selbstverständlich wird laufend der Verbesserungsbedarf überprüft. Dabei stehen aus den oben genannten Gründen bisher die Gebiete im Vordergrund, in welchen eine Erneuerung geplant ist oder Unfallschwerpunkte bestehen. Der Stadtrat behandelt auch nicht spezifische Langsamverkehrsrouten prioritär gegenüber den Gemeindestrassen, da auch diese wichtige Velo- und Fussverkehrsrouten darstellen. Es gibt zudem Orte, an welchen eine Beleuchtung in Interessenkonflikt mit dem Naturschutz (Aareufer, Damm bei Olten Südwest, entlang von Waldrändern) steht und daher bewusst auf eine Beleuchtung verzichtet wird.

Die Stadt Olten setzt für den Betrieb und Unterhalt folgende Mittel ein: Für die Energie im Mittel der letzten 5 Jahre ca. Fr. 350'000.-/Jahr und für den Unterhalt ca. Fr. 950'000.-/Jahr. Dabei wird die Technologie laufend modernisiert. So sind in der Zwischenzeit 21% der 4008 Leuchten mit LED ausgestattet. Unter anderem auch entlang der Alten Aarauerstrasse, dem Ländiweg, dem Katzenhubelweg, dem Ruttigerweg und dem Gäubahnsteg. Grundsätzlich werden bei allen Strassen Umbauten und Sanierungen die alten Leuchten gegen neue LED-Leuchten ausgetauscht so z.B. an der Gartenstrasse oder Konradstrasse. Ganze Neubaugebiete wie z.B. das Bornfeld, Kleinholz oder Olten-Süd-West wurden bereits von Anfang an mit LED-Lampen geplant und gebaut.

Der Stadtrat wird in Zusammenarbeit mit der sbo die Prioritäten bei den Ersatzinvestitionen prüfen.

Aufgrund der obenstehenden Erwägungen empfiehlt der Stadtrat den Motionärinnen und Motionären die Umwandlung des Vorstosses in ein Postulat und dem Gemeindeparlament dessen Erheblicherklärung. Sollte an der Form der Motion festgehalten werden, empfiehlt der Stadtrat diese nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Dr. Arnold Uebelhart: Wir möchten an dieser Motion festhalten. Die Antwort des Stadtrates ist etwas kritisiert worden. Mir schien, es wurde etwas hart kritisiert. Aber der Hauptpunkt war eigentlich, dass es, wenn es die sbo allein macht, noch rund 40 Jahre dauern werde, und es sollte doch gleichwohl möglich sein, vielleicht wie eine Gemeinde im Thal, Matzendorf, dies innerhalb von ein bis zwei Jahren zu machen. Ich habe aber schon auch wegen Umweltschutz gelesen, dass es nicht immer so hell leuchten soll. Aber es geht doch auch noch um Schutz und vor allem Velofahren. Es gibt doch noch ein paar dunkle Ecken. Wir haben zum Beispiel in der Winkelunterführung solche gesehen im Gegensatz dazu, wie es beim Bahnhof ist. Wir stellen uns eigentlich am Salzhüslweg, im Winkel, am Wilerweg einige Fussgängerstreifen vor, dass man sie doch mit einer sehr guten Ausleuchtung rascher machen könnte. Es wäre auch umweltschutzmässig gut und würde nicht allzu sehr stören. Wir halten an dieser Motion fest.

Felix Wettstein, Fraktion Grüne: Noldi, wir Grüne würden einem Postulat zustimmen und bitten die SP/Junge SP-Fraktion, dass sie Hand bietet, diesen Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln. Wenn Ihr an der Motion und damit an der wortgetreuen Umsetzung festhaltet, dies bedingt eine Motion bekanntlich, würden ja zum Beispiel nur schon in den nächsten zwei Jahren die Velofahrerinnen und Velofahrer und die Fussgängerinnen und Fussgänger leer ausgehen. Mit einem Postulat erreichen wir, was wir wollen, nämlich, dass die Stadtverwaltung selber dieses Thema systematisch angeht. Diese Einschätzung teilen wir völlig. Die Prioritäten müssen von der Exekutive festgelegt werden, bei der sbo bestellt werden, was es braucht. Die Mittel dafür müssen im Rahmen des ordentlichen Budgets bewilligt werden. Die systematische Überprüfung und Planung hat in der Vergangenheit auch

nach unserer Einschätzung nicht genug gut funktioniert. Es gibt entlang der Fuss- und Velowege in Olten ein paar ganz «schiittere» schummrige Ecken. Diese müssen Priorität haben, Lebensdauer der zu schwachen «Pfunzeln» hin oder her. Aber darüber hinaus teilen wir die berechtigten Überlegungen des Stadtrates zum Lebenszyklus der Beleuchtungsanlagen. Wir wollen ja auch nicht, dass wir viel graue Energie vernichten.

Beat Felber, Fraktion CVP/EVP/GLP: Die Absicht der Motion ist nachvollziehbar und grundsätzlich auch zu unterstützen. Eine moderne Beleuchtung spart Energie, und durch zielgerichtete Lichtkegel fällt auch weniger Lichtsmog an. Mit dem Auftrag an den Stadtrat, innerhalb von nur zwei Jahren alle Leuchtmittel zu ersetzen, tun wir uns aber schwer. Es macht aus wirtschaftlichen wie auch ökologischen Überlegungen, Thema Energiebilanz, absolut keinen Sinn, überhastet, mittel- und langfristig Unterhalts- und Energiezyklen zu ignorieren. Jede Infrastruktur baut ja gerade auf diesen Grundsätzen auf. Schlussendlich sind wir der Meinung, dass man mit allen Ressourcen, auch mit den finanziellen, nachhaltig umgegangen werden muss. Deswegen überweisen wir die Motion nicht. Wir sind aber, wie auch die Grünen, der Meinung, ich glaube, der Motionär selber, das weiss ich jetzt gar noch nicht, dieser Vorstoss sei in ein Postulat umzuwandeln. Ein Postulat würden wir auch einstimmig überweisen.

Laura Schöni, Olten jetzt!: Ich kann mich meinen beiden Vorrednern anschliessen. Wir würden eine Motion aus den gleichen Gründen ablehnen. Wenn sie aber in ein Postulat umgewandelt würde, würden wir es erheblich erklären und überweisen.

Urs Knapp, FdP-Fraktion: Ich folge der Argumentation der Grünen, Olten jetzt!, der CVP und auch des Stadtrates. Die Motion macht so keinen Sinn. Die Argumente waren da. Das Postulat macht Sinn. Prüfen ist gut. Der Stadtrat wird dann auch handeln. Wenn an der Motion festgehalten wird, werden wir sie ablehnen. Für eine Umwandlung sind wir. Wir werden einem Postulat zustimmen.

Dr. Arnold Uebelhart: Felix, ich habe Dich nicht ganz verstanden. Wieso hast Du gemeint, Velofahrerinnen und Velofahrer müssen lange warten. Wir denken, wenn Velofahrer durchfahren, stellt man nicht die Lampe ab. Aber das ist okay. Wir sind natürlich jetzt auch für das Postulat und danken.

Felix Wettstein: Ich kann Dir die Antwort schon geben. Es ist nicht das erste Mal, dass wir uns darüber aufgeregt haben, dass bei den SP-Vorstössen die Menschheit nur aus Männern besteht.

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: In diesem Fall hat es mit der Formulierung zu tun.

Stadtrat Thomas Marbet: Ich danke für die wohlwollenden Worte. Ich nehme sie in den Gesprächen und bei den Forderungen gegenüber den städtischen Werken auch als Rückenwind wahr. Selbstverständlich gibt es bei den Werken und auch im Stadtrat natürlich Velofahrerinnen und Velofahrer. Das ist klar. Auch wir sind mit verschiedenen Verkehrsmitteln im Strassennetz unterwegs. Nichts destotrotz nehme ich dies in der Forderung und im Gespräch gegenüber den Werken, die sich auch bemühen, die Beleuchtung tagtäglich wieder instand zu setzen sehr gerne auf.

Beschluss

Mit 29 : 2 Stimmen wird die Motion in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt.

Mitteilung an
Direktion Bau, Kurt Schneider
Direktion Bau, Urs Kissling
Direktion Finanzen und Dienste, Urs Tanner
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 23. Januar 2019

Prot.-Nr. 38

Dringliches Postulat FDP-Fraktion betr. "Freiwillige Schulsportwochen sind trotz Budgetreferendum finanzierbar"/Beantwortung

Mit Mail vom 21. Januar 2019 hat Monique Rudolf von Rohr (FDP-Fraktion) bei der Stadtkanzlei folgenden Vorstoss eingereicht:

«Wir bitten den Stadtrat, auf seinen Entscheid vom 7. bzw. 14. Januar 2019 zurückzukommen und die freiwilligen Schulsportwochen der Stadt Olten trotz Budgetreferendum im Jahr 2019 durchzuführen. Zu prüfen ist insbesondere eine Finanzierung über einen bestehenden Fonds, so wie das der Stadtrat trotz Budgetreferendum bereits für die Schneesportaktivitäten macht.

Begründung

In der Budgetdebatte betraf keiner der Streichungsanträge den freiwilligen Schulsport. Selbstverständlich sollen die Oltnen Schülerinnen und Schüler wie jedes Jahr in den Genuss der freiwilligen Schulsportwoche kommen. Bereits beim Budgetreferendum 2014 entschied sich der Stadtrat für die Durchführung der Schulsportwoche. Es ist nicht einsichtig, warum dies jetzt nicht wieder möglich sein soll – ausser der Stadtrat will auf Kosten der Kinder Abstimmungskampf machen. Falls die Schulsportwochen als Bestandteil des Unterrichtsangebotes betrachtet werden, ist eine Finanzierung problemlos über die vorhandenen Gelder möglich. Andernfalls verfügt der Stadtrat über verschiedene kaum genutzte Fonds, die er für diesen Zweck einsetzen könnte.»

- - - -

Stadtrat Benvenuto Savoldelli beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Aufgrund des erfolgreich ergriffenen Referendums verfügt die Stadt Olten zurzeit über kein rechtskräftiges Budget. Somit dürften aus finanzrechtlicher Sicht keine Ausgaben getätigt werden, weder vom Parlament noch vom Stadtrat. Unter Berücksichtigung des daraus entstehenden Schadens werden jedoch in der Praxis sogenannte gebundene Ausgaben toleriert. Gebundenheit einer Ausgabe wird angenommen, wenn eine entsprechende Grundlage vorhanden ist. Dies ist der Fall, wenn eine Ausgabe aufgrund einer Rechtsgrundlage, eines Gemeindebeschlusses, eines Urteils oder einer Vertragsgrundlage in der Höhe und dem Zeitpunkt eindeutig definiert ist (vgl. dazu Handbuchordner HRM2, Kapitel 10.4.1). Der Stadtrat muss nun die Ausgaben auf ihre Gebundenheit hin prüfen. Er hat dazu den Direktionen eine interne Weisung erteilt.

Wie die FDP richtig feststellt, handelt es sich beim erwähnten Schulsport um eine freiwillige Ausgabe, welcher die Gebundenheit fehlt und die somit gemäss Vorgaben des Kantons nicht

ausgelöst werden darf, weder vom Stadtrat noch vom Parlament. Es spielt dabei keine Rolle, ob die Finanzierung durch einen Fonds oder durch Steuergelder vorgenommen wird. Hierbei darf auch erwähnt werden, dass die in Frage kommenden Fonds in früheren Jahren mit Steuergeldern geüffnet worden sind und somit als steuer-äquivalent betrachtet werden. Ebenso ist es nicht von Relevanz, ob in der Budgetdebatte zum Thema «freiwilliger Schulsport» keine Streichungsanträge gestellt worden sind. Es ist einzig und alleine die Gebundenheit massgebend.

Die vom Stadtrat freigegebenen Skilager sind hingegen aufgrund der vorausgegangenen vertraglichen Verpflichtungen als gebunden zu qualifizieren. Da Skilager in den Monaten Februar bis April schweizweit durchgeführt werden, musste die Direktion Bildung und Sport schon frühzeitig Mietverträge eingehen, um Skilager-Häuser für die Schülerinnen und Schüler zu sichern. Ein Rückzug aus den entsprechenden Verpflichtungen wäre mit hohen Kosten verbunden gewesen, weshalb hier von einer gebundenen Ausgabe ausgegangen werden muss.

Beim freiwilligen Schulsport im Sommer 2019 sind indessen noch keine Dispositionen getroffen worden. Die Direktion Bildung und Sport hätte nun die Organisation in die Hand nehmen, das Anmeldeprozedere starten und die administrative Abwicklung sicherstellen müssen. Verpflichtungen wurden jedoch bisher noch keine eingegangen. Aufgrund der fehlenden Gebundenheit kann dieser Prozess nun nicht gestartet werden. Auch wird die Stadt beim Fehlen eines Budgets 2019 keine künftigen Verpflichtungen für die Schneesportlager im Jahr 2020 eingehen können.

Es liegt dem Stadtrat fern, auf Kosten der Kinder einen Abstimmungskampf zu machen. Der Stadtrat geht davon aus, dass die entsprechende Aussage der FDP in Unkenntnis der Sachlage erfolgte. Die Faktenlage ist jedoch eindeutig und lässt dem Stadtrat in Bezug auf noch nicht gestartete Prozesse wie den freiwilligen Schulsport keinen Handlungsspielraum.

Weil die entsprechende Prüfung durch den Stadtrat bereits an den Sitzungen vom 7. und 14. Januar 2019 eingehend erfolgt ist und eine neuerliche Prüfung ohne Zweifel zu keinem andern Ergebnis führen würde, empfiehlt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Monique Rudolf von Rohr: Ich kann natürlich nachvollziehen, was in der Antwort unseres Stadtrates steht. Aber was ich wirklich nicht verstehe ist, warum dies 2014 möglich war und jetzt plötzlich nicht mehr gehen sollte. Danke vielmals.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Es ist so, dass 2014 über das Referendum früher abgestimmt wurde, schon im Februar oder März. Weil das Budget damals angenommen wurde, konnte man dies umsetzen. Jetzt sind wir einfach einen Monat später dran, und die Einleitungsarbeiten oder organisatorischen Arbeiten müssten jetzt gemacht werden. Bis eigentlich über das Budget abgestimmt wird, sind wir viel zu spät dran, könnten wir dies gar nicht mehr organisieren.

Monique Rudolf von Rohr: Vielen Dank für die Antwort.

Heidi Ehrsam, CVP/EVP/GLP-Fraktion: Muriel hat es bereits in der Fraktionserklärung gesagt. Uns ist der freiwillige Schulsport sehr wichtig. Wir sind natürlich auch enttäuscht, dass der freiwillige Schulsport als ganz ungebundene Ausgabe qualifiziert wurde und demzufolge kein Fonds zum Tragen kommen kann. Dass es bei einem Budgetreferendum Opfer gibt, haben wir alle gewusst, vor allem diejenigen, die schon 2014 im Parlament waren. Wir verlangen von der Finanzdirektion und vom Stadtrat immer, rechtliches korrektes Handeln. Das tun sie jetzt bei den Zuwendungen der gebundenen und ungebundenen

Ausgaben. Die Entscheide sind besonders jetzt im Fall des Schulsports nicht leicht zu verdauen. Es gilt halt nun zu akzeptieren, dass die ganze Sache nicht in unserer Kompetenz liegt, sondern beim Stadtrat und dass der Stadtrat dabei den Handlungsspielraum sicher ausnützt. Davon ist unsere Fraktion überzeugt. Auch beim besten Willen und mit der ganzen Solidarität zum freiwilligen Schulsport finden wir auch kein Argument mehr, um das Postulat erheblich erklären zu können. Deshalb nehmen wir die Antwort des Stadtrates, so wie sie vorliegt, an und erklären es nicht erheblich.

Matthias Borner, SVP-Fraktion: Wir fanden es auch sehr schade, dass beim Schulsport diese Streichung erfolgt ist. Man wird einfach das Gefühl nicht los, dass man vom Stadtrat her möglichst viele Opfer erzeugen möchte, damit die Zustimmung zum Budget möglichst gross wird. Zuerst hat man den Neujahrsapéro genommen, nachher noch die Fasnächtler und jetzt noch die Schüler, einfach, um möglichst viele Opfer zu schaffen. Die andere Frage ist, wofür die Fr. 25'000.— gebraucht werden. Ich glaube, es sind rund Fr. 25'000.— für den Schulsport. Was wird mit diesem Geld gemacht? Soviel ich weiss, sind dies Entschädigungen für die Vereine. Anstatt dass wir dies jetzt nur als finanzpolitische Vorlage bearbeiten, könnte man ja auch auf die Vereine zugehen und fragen, wer dieses Angebot ohne die finanziellen Zuwendungen auch anbieten würde oder in einem reduzierten Mass anbieten würde. Die Vereine haben ihre Strukturen. Die Frage ist, ob sie es mit gleichen Strukturen oder mit reduzierten Strukturen können. Anstatt dass man hier in der Gruppe Olten zum Parkierungsreglement und zum Referendum in der Gegend herumpostet, könnten vielleicht gewisse Mitarbeiter auch Ideen finden, wie man den Schulsport ohne das Geld, das den Vereinen gesprochen wird, machen könnte. Ich kann mir vorstellen, dass der eine oder andere Verein dies auch als Werbung ansieht und eine Art Probetraining macht, halt mehr so mit einem reduzierten Betrieb. Aber ich bin gespannt auf die Reaktion von Benvenuto.

Felix Wettstein, Fraktion Grüne: Matthias, ich möchte zuerst gleich auf das reagieren. Ich finde dies einen Affront gegenüber dem Stadtrat, ihm wiederholt zu unterstellen, er interpretiere hier quasi etwas so, dass man das Abstimmungsresultat in eine bestimmte Richtung beeinflussen könne. Wir müssen uns tatsächlich an die rechtlichen Grundlagen halten. Es ist für uns unbestritten und jederzeit klar gewesen. Beim freiwilligen Schulsport handelt es sich um eine freiwillige ungebundene Ausgabe, genauso wie ein Neujahrsapéro oder Schlittschuhmiete oder ein Beitrag an die Fasnacht. Es gibt bis jetzt auch keine Vertragsgebundenheit. Das sind genau die Voraussetzungen, die klarmachen, dass man es nicht lancieren kann, bevor man es weiss. Man kann kein Geld auslösen. Man kann keine vertraglich verbindliche Zusicherung machen, bevor man nicht weiss, wie es mit dem Budget aussieht. Das ist einfach ein Fakt. Davon müssen wir wirklich ausgehen. Es ist eine hahnebücherne Begründung auf diesem Postulat «In der Budgetdebatte betraf keiner der Streichungsanträge den freiwilligen Schulsport». Das wäre ja noch das Grösste, dass man künftig mit Blick auf ein allfällig zu ergreifendes Referendum jegliche freiwillige ungebundene Ausgabe überhaupt zuerst debattieren muss. Eine solche Begründung für einen solchen Vorstoss ist ein absolutes No go. Wir kommen in einem Punkt zu einem anderen Urteil als der Stadtrat. Er schreibt: «Die Faktenlage ist jedoch eindeutig und lässt dem Stadtrat in Bezug auf noch nicht gestartete Prozesse wie den freiwilligen Schulsport keinen Handlungsspielraum». Wir sind der Meinung, es gibt einen ganz bestimmten Handlungsspielraum. Dazu passt übrigens noch die Antwort auf die Kosten. Wenn ich falsch liege, soll man mich bitte berichtigen. Es sind nicht Vereinsbeiträge, sondern Honorare an die Leute, welche die Schulsportveranstaltungen leiten. Ich glaube, mit diesen Leuten macht man jedes Semester Honorarvereinbarungen. Nach unserer Interpretation wäre es sehr wohl möglich, jetzt eine Honorarvereinbarung mit der Klausel auszustellen. Starten werden die Schulsportveranstaltungen ja nicht vor der Abstimmung. Die Klausel im Vertrag würde heissen, dass die Honorarvereinbarung hinfällig wird, wenn bis dann kein Budget parat ist. Aber man könnte trotzdem die Ausschreibung für die Kinder machen. Selbstverständlich auch den Kindern und den Eltern gegenüber damit kommunizieren, es könnte sein, dass es nachher nicht stattfinden wird und man könnte, wie gesagt, die Honorarvereinbarungen mit den Leiterinnen und Leitern heute mit einer entsprechenden Klausel aufsetzen. Unser Abstimmungsverhalten wird wahrscheinlich durchgezogen sein. Es dürfte Enthaltungen geben.

Laura Schöni, Olten jetzt!: Ich habe mich an diesem Postulat extrem gestört. Es ist so etwas ein Schnellschuss. So kommt es mir vor. Wie wenn man sich informiert, eine Suchanfrage auf der Website der Stadt Olten oder der Oltner Schulen gestellt hätte. Dann hat man schnell gemerkt, dass es freiwillige Schulsportwochen gar nicht gibt. Es gibt sie gar nichts. Es gibt nur freiwilligen Schulsport. Wir hätten uns schon ein wenig gewünscht, dass es etwas seriöser geschrieben worden wäre. Dazu kommt, dass man gewusst hat, dass dies nicht finanziert werden kann, weil es nicht an einen irgendeinen Vertrag oder ein Gesetz gebunden ist. Zu Matthias möchte ich sagen, dass es den Schulsport braucht. Dass er von Vereinen mitgetragen wird, wäre ja eine Lösung. Aber das Ding an diesem freiwilligen Schulsport ist, dass es extrem niederschwellig ist. Es ist günstig, und die Schülerinnen und Schüler haben die Möglichkeit, für ein halbes Jahr in eine bestimmte Sparte Sport hineinzuschauen, Erfahrungen zu machen, und es ist für die Vereine auch extrem wichtig, um nachher dort ihre Nachwuchsförderung betreiben zu können und zu sagen, wenn Du Lust hast, Handball zu spielen, komm doch zu uns in den Handballverein. Es ist auch für die Vereine extrem wichtig, dass der Schulsport nicht durch sie selber organisiert ist, weil sie selber gar nicht ein so breites Publikum erreichen und es auch gar nicht so günstig anbieten können. Deshalb braucht es diesen Schulsport. Ich wollte noch ein Kompliment an den Oltner freiwilligen Schulsport richten, weil ich ersten selber ehemalige Leiterin und Teilnehmerin bin, und ich habe von Leiterinnen und Leitern gehört, die von J + S solche Ausbildungskurse besuchen, dass der Oltner Schulsport von Städten, die den Schulsport betreiben, jeweils als Paradebeispiel genannt wird. Bei uns wird es so sein, wie schon Heidi gesagt hat. Wir begnügen uns eigentlich mit der Antwort des Stadtrates, weil wir denken, dass bei einer Prüfung nachher genau das Gleiche herauskommen wird.

Dr. Rudolf Moor, Fraktion SP/Junge SP: Unsere Haltung zu diesem Postulat ist an sich zwiespältig. Wir haben nämlich ein grosses Interesse daran, und das liegt bei uns wirklich im Fokus, dass die Leistungen der Stadt dauernd und zuverlässig erbracht werden. Das ist ein total wichtiges Anliegen. Wäre das Postulat umsetzbar, würden wir es sicher unterstützen. Das Postulat scheint uns aber ein bisschen unredlich. Es ist nämlich etwa so, wie wenn jemand ein «Bibeli» am Kopf mit einer Dosis LSD behandelt und nachher jammert, er habe eine «sturme Birne» bekommen. Genauso wie die «sturme Birne» konnte man nämlich die Nebenwirkung des Referendums voraussehen. Es ist nicht überraschend, dass diese Nebenwirkungen jetzt auftreten. Wir erwarten von politischen Parteien, dass sie vor einem derart wichtigen Schritt ein solches Referendum ist, die Nebenwirkungen, die zu erwarten sind, seriös abklären und auch beurteilen. Auch die unpräzise Formulierung im vorliegenden Postulat lässt den Verdacht zu, dass man dies offenbar zu wenig genau abgeklärt hat und nicht genug vorher geklärt hat, welche Nebenwirkungen zu erwarten sind. Die Situation scheint uns absolut klar, und deshalb sind wir nicht bereit, das Postulat erheblich zu erklären. Der Weg, den Felix vorhin aufgezeigt hat, scheint uns nicht ganz überzeugend. Was ja die Leute eigentlich beunruhigt und was Unruhe gibt, sind die Unsicherheiten. Wenn man jetzt etwas macht und man hat es trotzdem mit Unsicherheiten behaftet, trägt man nicht wirklich dazu bei, dass die Situation klarer und das Klima besser wird. Deshalb betrachten wir diesen Weg eigentlich leider, obwohl er an sich eine gewisse Sympathie hat, als nicht zielführend an. Ein wenig erstaunt sind wir aber doch auch noch über die textlich sehr wohlwollende Aufnahme dieses offensichtlich nicht erfolgsversprechenden Postulats durch den Stadtrat. Wenn man dies mit anderen Antworten vergleicht, hat man das Gefühl, es werde hier nicht immer mit ganz gleichen Ellen gemessen.

Daniel Probst, FdP-Fraktion: Ich möchte Euch noch einmal dringend bitten, unserem Postulat zuzustimmen. Felix Wettstein hat vorhin einen möglichen Lösungsweg aufgezeigt. Er hat den Stadtrat aufgefordert, kreativ zu werden. Ich schätze unseren Stadtrat durchaus kreativ ein und bin überzeugt, dass er, wenn wir das Postulat überweisen, eine kreative Lösung finden kann. Packt diese Chance und gebt dem Stadtrat die Möglichkeit, über sich hinaus zu wachsen und hier eine Lösung zu finden. Ich habe selber wie Laura auch einmal Schulsport geleitet. Ich weiss um dessen Wert. Als Kind habe ich dies wie viele von Euch wahrscheinlich auch gebraucht, um vielleicht schlussendlich irgendwo landen zu können. Ich kann Euch sagen, dass Gökhan Inler, den Ihr vielleicht kennt, bei mir im Schulsport angefangen. Ich war gleichzeitig FC-Trainer. Später habe ich ihn in den FC genommen und

er ist Nati-Spieler geworden. Vielleicht wäre er es auch ohne dies geworden. Ziemlich sicher wäre er es ohne dies geworden. Aber für ihn war dies ein Einstieg. Es ist niederschwellig. Da zahlt man als Eltern wenige Franken, und man kann einfach einmal anfangen. Er hat auch andere Sportarten ausprobiert. So kann man nachher einsteigen und schafft es, in einen Verein zu gehen. Noch zu Ruedi: Ich finde es auch nicht richtig, dass man hier sagt, man wundert sich jetzt, dass man im Nachhinein mit einem solchen Vorstoss kommt und das hätte man voraussehen können. Ich finde diese Einschätzung nicht richtig, aber richtig ist, was Muriel am Anfang gesagt, dass wir heute einen Budgetprozess haben, der eigentlich nicht richtig ist. Da müssen wir handeln. Ihr habt eine Fraktionserklärung zu Handen der FIKO gemacht. Vielleicht müssten wir auch als Parlament überfraktionell einen Vorstoss machen, wo wir wirklich verlangen, dass wir in Zukunft ab September über das Budget befinden, dass man zum Beispiel wie eine Stadt Baden sagen würde, wenn es eine Steuererhöhung gibt, gibt es ein obligatorisches Referendum, über das gleich im November abgestimmt werden kann. Dann kann das Volk sagen, wollen wir dies, wollen wir es nicht? Wenn man sogar ohne Steuererhöhung das Referendum ergreifen möchte, könnte man dies. In einer September-Sitzung ist das Parkierungsreglement dann behandelt worden und würde im Februar zur Abstimmung kommen. Auch in diesem Fall hätte man es relativ früh. Ich glaube, hier müssen wir als Parlament handeln, dass wir dies machen können. Wenn es andere Städte können, sollten wir es eigentlich auch können. Dann müssen wir diese Diskussionen nicht führen. Ich glaube, es ist richtig, es ist ein demokratisches Instrument, dass man gegen das Budget sein kann und es ergreifen darf und sich nachher nicht vorwerfen lassen, das hätte man sehen sollen. Das wäre die Bedeutung. Das würde eigentlich heissen, man darf gar nie das Referendum ergreifen, wenn man mit dem Budget nicht einverstanden ist. Das ist ja wohl nicht die Meinung. Noch einmal die Bitte: Unterstützt dies. Gebt dem Stadtrat die Chance, kreativ zu werden, zum Beispiel im Sinne von Felix Wettstein. Merci.

Felix Wettstein: Daniel, es ist ja nett, dass Du dies als kreativen Vorschlag oder kreative Möglichkeit einstuft, was ich vorhin eingebracht habe. Ich betrachte es allerdings, wenn Ihr ein Postulat anzieht, nicht als meine Aufgabe an, dass es auf meine Kreativität ankommen muss, sondern eigentlich würde ich es erstens von Euch als Postulanten erwarten. Zweitens: Auch wenn es «nur» ein Postulat ist, müssen wir uns an den Text halten, den Ihr uns vorlegt. Ich kann nicht zustimmen, dass der Stadtrat noch einmal etwas prüfen soll, wo wir sicher sind, wie die Prüfung herauskommt.

Simon Muster: Ich weiss, wir sollten uns heute kurzhalten. Aber es fällt mir etwas schwer. Zuerst einmal hat jeder hier genau gewusst, wie dies herauskommen wird. Dann liest man im Oltner Tagblatt «FdP findet, Schulsportwochen sind finanzierbar». Zweiter Artikel, der rechts empfohlen wird. «Komitee fordert, Budgetreferendum nicht auf Kosten der Schulkinder auszutragen». Hier habt Ihr die Antwort, was das Ganze soll. Das ist eine Partei, die dieses Postulat eingereicht hat, die das Präsidium in der FIKO hat, einen zusätzlichen FIKO-Sitz, der Finanzdirektor. Sie stellen Fragen, die sich auf so vielen Ebenen beantworten lassen. Man kann den Kanton anrufen. Das habe ich gemacht. Zur Sicherheit kann man einmal nachschauen, ob wir überhaupt wissen, was freiwillige Leistungen sind. Woher wissen wir dies? Die Motion Knapp 2016 eine schöne Auflistung, was die freien und ungebundenen Leistungen sind. Die Motion hatte damals natürlich etwas Anderes vor. Einfach einmal 10 % darüber zu kürzen. Man hat dies natürlich dem Stadtrat überlassen und gesagt, kürzt einfach einmal, die Verantwortung wieder abgeschoben, nicht gesagt, welche Leistungen wichtig sind. Jetzt sieht man, es ist eine Leistung, die öffentlich extrem geschätzt wird, und sie kann nicht ausgeführt werden. Nun geht man hin, macht einen Publicity Stunt, verteidigt es nicht einmal richtig, bekommt von allen um die Ohren. Aber es hat gleichwohl geklappt. Es klappt momentan die ganze Zeit, eine Medienmitteilung hinaus, und die FdP findet «Schulsportwochen sind nicht finanzierbar». Das ist gar keine Frage. Sie ist nicht finanzierbar. Es stand in der gleichen Zeitung schon. Der Finanzverwalter hat es gesagt. Das ist wirklich eine Verweigerung parlamentarischer Arbeit. Ihr hättet diese Fragen in der FIKO stellen können. Ihr hättet es garantiert schon vorher geplant. Ihr habt dies ja mehrmals gesagt. Wenn die Steuererhöhung drin ist, gibt es ein Referendum. Ihr hättet dies fragen können. Ihr hättet eine Interpellation machen können. Ihr hättet Euren Finanzdirektor fragen

können. Ihr hättet beim Kanton nachfragen können. Ihr habt alles nicht gemacht. Das ist wirklich nicht ehrlich. Ich möchte einfach auch noch in den Fokus rücken, dass dies nicht das Einzige ist, was jetzt leidet. Lysistrada erhält das Geld nicht. Wenn man nämlich an diese Liste herangeht, und da danke ich Urs Knapp, kann man wirklich auch nachschauen, wer alles leidet. Das ist nämlich eine schöne Motion. Da kann man einmal nachschauen, wer alles leidet. Das ist nicht nur der Schulsport. Da sollte man den Fokus vielleicht auch einmal etwas grösser richten. Das politische Recht des Referendums muss man nicht angreifen. Aber die Unehrlichkeit hinter diesem Vorstoss und der Publicity, die momentan gemacht wird, kann man kritisieren.

Denise Spirig: Ich möchte eigentlich etwas in das gleiche Horn blasen wie Simon. Erstens geht es mir einmal darum, dass der Vorschlag von Felix Wettstein, wie man dies auch regeln könnte, sicher nicht realisierbar ist. Ich weiss nicht, ob Ihr das Gefühl habt, dass dies einfach vier E-Mails sind, welche die Leute aus der Verwaltung nachher schicken. Da steht eine Riesenorganisation für den Schulsport dahinter. Wenn das Budget abgelehnt wird, kommt es nachher nicht. Dann haben wir unsere Verwaltung für drei Monate ein wenig beschäftigt, also absolut keine Option. Wenn wir das Postulat überweisen, ist klar, was beim Prüfungsauftrag herauskommt. Zweitens finde ich es von der FdP absolut verantwortungslos. Ich finde, Ihr könntet Eure Verantwortung jetzt echt auch wahrnehmen. Ihr wollt dies jetzt auf unseren Rücken abwälzen. Ihr wollt, dass wir dies nun abschiessen müssen, und Ihr würdet genau auf die Schlagzeile morgen im OT hoffen «Linke lehnen Schulsport ab». Oh je, oh je, die armen Kinder. Jetzt ganz im Ernst, ich bin von diesem Vorstoss wirklich enttäuscht. Ich finde ihn nicht verantwortungsvoll, und ich hoffe, dass dies in Zukunft etwas besser geprüft wird. Danke.

Urs Knapp: Wenn Ruedi Moor sagt, er habe manchmal unseretwegen und wegen der FdP einen «struben Grind», muss ich sagen, okay, ich habe manchmal auch einen «struben Grind» über mich selber, aber manchmal auch einen «struben Grind» über die Argumentation. Es tut mir manchmal fast leid, dass wir schuld sind, dass der Blutdruck bei so jungen Männern und Frauen wegen uns so in die Höhe steigt. Man müsste einfach schauen, worum es geht. Wir haben 2014 gesagt, das war offensichtlich möglich, dass der Stadtrat eine Planung an die Hand nimmt. Im Gegensatz zu den USA, man hat auch gehört, man hat ja auch gehört, man habe einen Shutdown, wir haben keinen Shutdown, kann man diese Planung problemlos machen. Die gesamte Verwaltung ist absolut handlungsfähig, ist finanziert. Sie müssen nicht auf den Lohn verzichten. Das ist auch richtig so. Unser Vorstoss ist eigentlich nur, weshalb kann man es nicht so machen wie 2014? Was ich gehört habe, hat die Planung 2014 in der Bildungsdirektion schon der Referendumsabstimmung angefangen, was auch richtig ist. Man könnte sich ja jetzt auch überlegen, was man vorbereiten müsste, was man vorbereiten kann. Es kostet keinen Rappen. Kosten entstehen, wenn man Honorare zahlt. Jetzt kann man sagen, okay, nun «täupele» wir ein wenig. Nein, man darf nicht vorbereiten. Gut, das ist auch eine Haltung. Aber letztlich ist auch eine vorausschauende Politik, dass man sich auf verschiedene Szenarien vorbereitet. Wenn ich einfach noch das Beispiel Neujahrsapéros erwähnen darf, ich war damals nicht da. Daher wäre ich so oder so nicht gegangen. Aber auch dort hat man plötzlich eine Lösung gefunden oder hat sich eine Lösung ergeben. Wenn Ihr das Postulat überweist, wird sich der Stadtrat, so wie es Daniel Probst sehr nett und sehr korrekt gesagt hat, Gedanken machen, ob etwas möglich ist oder nicht. Das kostet keinen Rappen an freiwilligen Ausgaben. Das sind die bestehenden Ressourcen, welche die Stadt in diese Sache investieren kann.

Muriel Jeisy: Urs, zu diesem Votum muss ich jetzt schon noch einmal etwas entgegenen. Es tönt ja gut, was Du hier wegen Planung sagst. Erstens braucht es auch Aufwand und Zeit, die nicht für Anderes eingesetzt werden können. Zweitens finde ich es eigentlich schon einen guten Witz, weil Du ja für ein Nein zum Budget plädierst. Wer soll hier, wenn er auf Dich hört, ausgerechnet auf Dich, planen, damit es nachher gleichwohl nein heisst. Das verstehe ich wirklich nicht. Sorry.

Matthias Borner: Bei aller Emotion möchte ich kurz noch einige Punkte hervorheben. Wegen des Schulsports weiss ich nicht genau, weshalb Du das Gefühl hattest, Du hättest

dies entgegnet. Wir wollen sehr wohl Schulsport und sind der Meinung, wenn man dies einfach abblockt und alles ablehnt, findet er ganz sicher nicht statt. Ich habe dafür plädiert, dass man kreative Lösungen findet. Einerseits zahlt die Stadt eine Entschädigung an die Trainer oder Leute, die dort mithelfen. Andererseits zahlt J + S auch ein wenig etwas daran. Ich war ja selber auch Trainer. Ich weiss dies. Also könnte man doch überlegen, ob man einen reduzierten Betrieb machen kann. Die Vereine kennen den Schulsport schon. Sie haben ihn in der Regel im letzten Jahr auch schon durchgeführt. Es ist nicht so, dass sie jetzt quasi überrascht werden, wir müssen in diesem Jahr Schulsport durchführen. Es wäre einfach eine E-Mail an die all die Vereine, um zu fragen, könnt Ihr Euch vorstellen, in einem reduzierten Betrieb Schulsport durchzuführen. Für viele Vereine ist der Schulsport ein wichtiger Pool, offensichtlich auch für den FC Basel, damit man Leute zum Sport bewegen kann. Noch zu den Schuldzuweisungen möchte ich darauf aufmerksam machen, dass 2014 aus unseren Reihen eine Motion «Steuererhöhungsbremse» ab 110 Prozentpunkten gekommen ist. Das wäre eigentlich genau jetzt zum Tragen gekommen, und wir hätten nachher eine Abstimmung gehabt. Damals waren die Linken und die CVP dagegen. Deshalb ist dies abgelehnt worden. Wenn man die Motion 2014 angenommen hätte, hätte es automatisch eine Abstimmung mit diesem Budget gegeben. 2014 hatten wir ein ähnliches Timing vom Einreichen des Referendums. Ich glaube, ich muss Euch nicht sagen, wenn der Neujahrsapéro stattfindet. Aber 2014 hat man anscheinend das Geld gefunden. Ich nehme nicht an, dass man dort Blumen und Getränke schon bestellt hat. Ich glaube, in diesem Jahr war der Zeitrahmen von der Einreichung bis zum Stattfinden des Neujahrsapéros ähnlich wie 2014. Weiter wegen der Verantwortlichkeit und Unverantwortlichkeit: Wenn man innerhalb von vier Jahren drei Steuererhöhungsschritte plant und gleichzeitig 60 Millionen Schulden macht, unter der Annahme, dass kein grosser Steuerzahler geht, unter der Annahme, dass konjunkturell alles so weiter geht wie bisher, und man nachher das Gefühl hat, dass man mit diesen Vorgaben, 60 Millionen Schulden, schlussendlich der Schulsport nicht leiden wird, und wir reden nicht von Fr. 25'000.—, sondern von wesentlich mehr. Das ist auch unverantwortlich. Ihr müsst einfach sehen, dass der Stadtrat mit uns zusammen eine mehrjährige Wanderung geplant. Wir haben halt schon in der ersten Etappe gesagt, halt, Ihr müsst hier etwas Anderes machen, weil das Ziel mit drei Steuererhöhungen und 60 Millionen Schulden ist für das falsche. Es wäre viel unverantwortlicher, wenn wir in drei Jahren kommen würden und sagen, jetzt müssen wir anders planen. Es ist besser, wenn man dies jetzt schon macht. Wir haben viele Kürzungsanträge gestellt. Hier ist keiner davon durchgekommen. Dann muss man nicht erstaunt sein, wenn nachher ein Referendum ergriffen wird. Seien wir doch einmal ehrlich. Hier hatten wir Mehrheitsverhältnisse von 20 : 20. Weil jemand aus der bürgerlichen Reihe um Mitternacht nach Hause ging, weil er Probleme mit dem Auge hatte, war nachher 20 : 19, und deshalb ist diese Steuererhöhung so durchgekommen. Das ist der Fakt. Wir können hier von einem Zufallsmehr reden. Deshalb ist es nichts weiter als legitim, dass man dies dem Volk unterbreitet, damit es darüber befinden kann. Das ist nichts Anderes als legitim.

Simon Muster: Jetzt etwas weniger emotional. Ich habe eigentlich nur eine Frage. Was impliziert Ihr genau? Ich meine, jetzt habt Ihr die Antwort. Sie haben es zweimal überprüft. Wenn Ihr beim Kanton, Amt für Gemeinden, Abteilung Finanzen angerufen hättet, hätten sie Euch so ausgelacht wie sie mich ausgelacht haben, als ich gefragt, ob dies geht. Ich verstehe nicht ganz, sagt Ihr, der Stadtrat lügt jetzt? Dann steht dazu oder behauptet sonst einfach nicht die ganze Zeit, das Geld wäre irgendwo vorhanden.

Heidi Ehrsam: Ich glaube, wir müssen zum Thema zurückkommen. Hier geht es eigentlich nur darum, ob es eine gebundene oder ungebundene Ausgabe ist. Das ist jetzt auch von der Finanzdirektion ausgiebig erläutert worden. Wir müssen es hinnehmen. Es ist eine nichtgebundene Ausgabe. Ich würde jetzt einfach vorschlagen, dass wir darüber abstimmen und es nicht mehr in die Länge ziehen, auch nicht eine neue Budgetdebatte losziehen oder einander Vorwürfe machen, wer jetzt Opfer ist. Letztlich können wir uns alle an der Nase nehmen. Wir haben hier alle gewusst, wenn man das Budget so verabschiedet, wie es jetzt verabschiedet wurde, dass es ein Referendum gibt. Wir hätten uns hier noch im November finden und zusammenraufen können. Wir müssen hier nicht mehr weiter darüber diskutieren. Ich würde vorschlagen, dass wir das Postulat jetzt nicht erheblich erklären und den

Vorschlag, den Felix gemacht hat, hat Herr Küng gehört und Iris hat es gehört. Sie können sich überlegen, ob dies eigentlich noch möglich ist. Es ist jetzt etwas ein Hüst und Hott. Alle wissen schon, es kommt nicht zustande. Dann käme es wieder, und dann kommt es vielleicht gleichwohl nicht. Deshalb sollten sie doch diesen Vorschlag entgegennehmen und schauen, ob dies jetzt noch möglich ist, und wenn es nicht mehr möglich ist, dies für ein anderes Jahr pendent halten, wenn wir vielleicht wieder in dieser Situation sind, dass wir zum Referendum kommen, weil wir uns im September oder November halt wieder nicht gefunden haben. Das ist jetzt mein Vorschlag und dass wir nachher in der Debatte mit dem nächsten Traktandum weiterfahren.

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Möchtest Du einen Ordnungsantrag stellen, dass wir jetzt zur Abstimmung kommen oder ist dies nur ein Vorschlag? Über einen Vorschlag kann ich nicht abstimmen lassen. Das ist ein Aufruf.

Luc Nünlist: Das Meiste ist gesagt. Ich wollte wirklich nur kurz mein Befremden und meine Überraschung kundtun, dass wir jetzt hier noch einmal von Pontius zu Pilatus zurückkommen, woher es kommt und vor allem die Verantwortlichkeit tatsächlich abgeschoben wird. Wir hätten uns besser überlegen müssen, wie wir mit den Steuererhöhungen verfahren. Deshalb ist die Verantwortung für den freiwilligen Schulsport dort. Hier muss man wirklich ein wenig bremsen. Es ist sehr abenteuerlich, und ich finde es auch abenteuerlich von der FdP, das muss ich schon noch sagen, dass jetzt hier eigentlich einen Shutdown produziert. Entschuldigung, es ist keiner, und auf diesen nachher selber wieder zurückkommt und dann ja offensichtlich klar ist, dass dies nicht geht, und man sich gleichwohl noch als Schutzheiliger der Oltner Schulkinder aufspielt. Das geht einfach nicht. Ihr müsst einmal Verantwortung übernehmen. Ihr sagt, nein, wir wollen das Budget so nicht. Ihr macht von Eurem demokratischen Recht Gebrauch. In Ehren. Also gut, da bin ich nicht einverstanden. Das ist auch mein demokratisches Recht. Nachher kommt Ihr und sagt, nein, aber es müsste doch gleichwohl irgendwie gehen. Ich meine, da haben wir jetzt einfach etwas in den sauren Apfel zu beissen und ihn diesen müsst Ihr beissen, denn Ihr habt das Referendum unterschrieben. Da sind die Verantwortlichkeiten doch klar., und da können wir alle noch sagen, wir sind Leiter. Das ist gut. Ich war auch Leiter. Ihr habt dieses Referendum gemacht, und deshalb gibt es jetzt diesen Schulsport nicht. Merci dem FdP-Stadtrat, dass er uns dies ausgeführt hat.

Daniel Kissling: Für mich ist eigentlich gut, was Luc gesagt hat.

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Matthias Borner zum dritten Mal.

Matthias Borner: Es ist definitiv das letzte Mal. Aber es ist eigentlich das zweite Mal. Das erste Mal war für die Fraktion. Zweitens bin ich noch angegriffen worden, also darf ich jetzt hier etwas entgegnen. Ich darf eigentlich jetzt hier dreifach sprechen. Vielen Dank. Es ist sehr wohl zum Thema, und es ist auch ein ernstes Thema. Ich habe mich anscheinend vorhin falsch ausgedrückt. Erstens kann ich Simon Muster bestätigen, dass ich ihn nicht auslache, wenn er mich anruft und dies fragt. Das Zweite, das er gesagt hat, was ich eigentlich möchte, ich habe mich offensichtlich nicht gut ausgedrückt, dass man einen Weg ohne Ausgabe der Stadt findet. Das ist möglich. Man kann zum Beispiel eine IG Sport einschalten und die Vereine anschreiben. Einfach einmal anschreiben. Kann man den Schulsport mit einem reduzierten Betrieb machen? Es gibt I + S-Gelder. Im Stadtrat hat es ja scheinbar sogar einen Kantonsrat. Dass man vielleicht dort versucht hätte, irgendwie kurzfristig an Gelder heranzukommen. Das wäre möglich. Ich wollte einfach darauf hinweisen, dass man hier einen Weg gesucht hat. Es gibt ja Leute im Stadthaus, die im Facebook politisch sehr aktiv sind. Sie könnten, anstatt dies zu machen, einmal die E-Mails an die Vereine schicken und schauen, ob etwas zurückkommt oder nicht. Ich bin sicher, es gibt viele Vereine, die um junge Leute froh wären, die vielleicht einmal schnuppern kommen. Zum letzten Mal. Ich verspreche es.

Monique Rudolf von Rohr: Ich verstehe Euch ein Stück weit, die zum Teil recht emotionalen Aussagen, die hier gemacht wurden. Ich möchte einfach sagen, ich stecke dies

ein. Das ist okay. Aber ich bin einfach davon ausgegangen, dass dies 2014 ging und wieso dann diesmal nicht? Das ist meine Haltung, und ich danke denjenigen, die jetzt noch konstruktive Beiträge geleistet haben im Sinne der Erheblicherklärung dieses Postulats. Dankeschön.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Matthias, wenn wir jedes Mal, wenn wir angegriffen werden, Antwort geben müssten, würden wir vier vermutlich nicht aufhören zu reden. Aber lassen wir dies. Folgendes: Ihr habt den Krieg ausgerufen und regt Euch jetzt auf, dass es Verletzte gibt. So kommt es mir etwas vor. Dass Ihr das Referendum ergriffen habt, ist Euer gutes Recht. Das ist mehrmals gesagt worden. Aber dann muss man auch mit den Konsequenzen rechnen. Wenn ich hier schaue, wie Ihr das ganze Geschäft auch in der Zeitung aufgefahren habt, Ihr habt Pressemitteilungen, Ihr habt Parteisolodattinnen, die Leserbriefe geschrieben haben. Übrigens schreibt eine dieser Frauen noch «der Oltener Stadtrat». Man sollte eigentlich wissen, wenn man in Olten wohnt, dass man nicht Oltener sagt, sondern Oltner. Aber lassen wir dies. Du kannst es anschauen, wie Du willst. Uns wird vorgeworfen, wir seien nicht kreativ gewesen. Wir haben dieses Geschäft nicht einfach so abgeblockt und haben uns nicht überlegt, ob es hier Möglichkeiten gäbe. Felix, wir haben uns überlegt, ob es hier andere Wege gäbe, dass man mit diesen Leitern eine Vereinbarung machen und sagen würde, falls das Referendum abgelehnt und das Budget angenommen wird, eine Bedingung aufzunehmen, dass wir es dann durchführen würden. Würdest Du, wenn Du einen Job erhalten würdest, eine so unsichere Vereinbarung eingehen? Ich meine, diese Leute brauchen dieses Geld. Sie suchen sich vielleicht einen anderen Job. Ich gehe nicht davon aus, dass sie, wenn das Referendum angenommen wird, einfach sagen, jetzt habe ich halt etwas Pech gehabt. Jetzt habe ich einfach kein Geld im Sommer. Sie suchen sich etwas Anderes. Das zweite Problem, das wir gehabt hätten, wäre mit den Eltern gewesen. Sie hätten disponiert. Sie wären davon ausgegangen, dass die Schüler dann zum Schulsport gegangen wären. Jetzt wird das Referendum angenommen, und wir haben immer noch kein Budget. Was machen dann diese Eltern? Sie haben vielleicht zugesagt, dass sie arbeiten gehen. Sie hätten schauen müssen, wie sie die Kinder versorgen. Wir haben uns hier schon Gedanken gemacht. Ich kann es ehrlich und offen sagen. Iris hat wahnsinnig dafür gekämpft, dass man versucht, dies gleichwohl durchzuführen. Aber wir haben irgendwie keinen Weg gefunden, wie wir dies gleichwohl bewerkstelligen können. Es sind nicht Vereine, sondern eigentlich Leiter, die diesen Schulsport übernehmen. Man hat mit ihnen auch gesprochen. Es war wirklich relativ schwierig, umso mehr, dass es ganz viele Leiter sind, und bei einer Anzahl von 450 Schülern sicherzustellen, dass sie, wenn das Referendum angenommen würde, gleichwohl ein Programm, war relativ schwierig. Wir haben es geprüft und sind zum Schluss gekommen, dass es nicht geht. Man hat zum Teil auch mit ihnen gesprochen und hat dies gemacht. Es ist nicht so, dass wir einfach etwas absagen, ohne uns zu überlegen, ob es allenfalls eine andere Möglichkeit gäbe. Dazu kann Iris noch etwas sagen. Merci.

Stadträtin Iris Schelbert: Ganz zum Voraus: Es ist ja nicht so, dass der Stadtrat einfach ein wenig gewartet hat, am 1. Januar erwacht ist und gesagt hat: «Ups», ein Referendum. Wir haben natürlich damit gerechnet. Wir sind auch nicht ganz doof. Wir haben eine ganz klare Vorlage und Vorgaben erhalten, wie wir mit den Ausgaben umgehen. Es ist eben nicht immer schwarz und weiss. Es hat ganz viele Graubereiche. Wir haben jede einzelne Ausgabe, die in irgendeinem Graubereich ist, im Stadtrat grundsätzlich diskutiert. Wenn Urs Knapp sagt, es gebe nichts zu tun. Okay. Es ist wirklich so. Es hat viel zu tun gegeben. Unsere Mitarbeitenden haben sich hingesezt, haben die Schemen ausgefüllt, mussten Budgetposten heraussuchen und Begründungen und wie und was und nachher eine Empfehlung abgeben. Der Stadtrat hat schlussendlich entschieden. Es sind wirklich nicht nur die Vereine. Jetzt einfach schnell Mails herumschicken und sagen, «judihui», wollt Ihr mitmachen, das ist so der Teamgeist, bei dem ich manchmal merke, Team, toll, einer Anderer macht es. «Supi». Halte Dich nicht zurück. Du kannst gerne im Wintersemester mitmachen. Kein Thema. Es sind Studierende, die sich so auch Geld verdienen können. Es ist gesagt worden. Dort hinten sitzt Walter Fürst. Er ist derjenige, der dies organisiert. Die Frustration bei unserer Direktion ist relativ gross. Ich war kreativ. Stellt Euch dies einmal vor. Ich bin zuerst in den Stadtrat gegangen. Wir, die Direktionsleitung, haben uns nachher noch

einmal hingesetzt und haben noch einmal nachgedacht, wie könnten wir es machen? Wir könnten den Eltern sagen, eine vorbehaltliche Anmeldung, ob das Budget am 24. März durchkommt. «Ui», nein, das wäre ja Abstimmungsprogaganda. Also «schwupp» hinaus. Das wollten wir nicht tun, eben gerade nicht. Deshalb ist diese Bemerkung hier grundsätzlich wahnsinnig unanständig. Dann haben wir gesagt, gut, dann machen wir es anders. Wir machen halt eine Anmeldung, einfach eine provisorische Anmeldung an die Schülerinnen und Schüler. Sie können sich provisorisch anmelden. Über die Durchführung wird im April orientiert. Durchführung ja, Durchführung nein. Dann ist aber die Sache mit den Leiterinnen und Leitern, die einfach sagen, ich bin angewiesen, dass ich neben dem Studium ein wenig Geld verdienen kann. Wir fanden, nein, also, wir müssen es in Gottes Namen akzeptieren. Es ist tatsächlich diskutiert worden. Geht nicht. Lieber ein Ende mit Schrecken als einen Schrecken ohne Ende. Jetzt müsste nämlich Walter Fürst planen können. Einfach so schnell aus dem Ärmel schüttelt man dieses Ding nicht. Wir fanden dann, wenn wir es dann halt erst, wenn wir ein Budget haben, machen. Ich muss Euch dies nicht erklären. Diejenigen, die 2014 dabei waren, erinnert Ihr Euch noch an die Zusammenstellung? Gebundene Kosten, gebundene, aber variable Kosten, ungebundene Kosten. Was sind die ungebundenen Posten? Kultur, Freizeit, Sport. Das war uns zu unsicher. Wenn wir ein neues Budget machen müssen, wir denken tatsächlich auch noch etwas voraus, was machen wir dann? Wird es dann gleichwohl abgesagt? Nachher ist die Frustration noch grösser. Der Stadtrat hat sich dazu durchgerungen. Es ist uns auch nicht leicht gefallen. Wir haben die Hoffnung, dass wir das Herbstsemester dann werden durchführen können und möglichst viele dieser Leiterinnen und Leiter mitmachen. Das können wir sagen und akzeptieren müssen. Es ist jetzt, wie es ist. Wir machen es nicht gerne. Aber wir machen es.

Urs Knapp: Ich möchte nichts Inhaltliches, sondern etwas zu dem, was Benvenuto jetzt gesagt hat, sagen. Obwohl er in der gleichen Partei ist und ich ihn schätze, Benvenuto, es geht nicht, wenn Du sagst, wir haben den Krieg erklärt. 1'100 Stimmberechtigte der Stadt Olten, 9 % der Oltner, haben den Krieg erklärt. Die Frage ist nur wem. Was sind all die Parteisoldaten, die den Krieg erklärt haben. 1'100 Stimmberechtigte der Stadt Olten haben ein demokratisches Recht übernommen. Sie haben nicht den Krieg erklärt. Wenn Du Dich fühlst, Dir sei der Krieg erklärt worden, glaube ich, dass wir einmal ganz intensiv miteinander reden müssen.

Stadtrat Benvenuto Savoldelli: Urs, ich habe das symbolisch gemeint. Man muss nicht alles wörtlich nehmen. Du bist ja gerade der Richtige. Aber item. Nachher noch etwas Anderes. Iris hat es gesagt. Ich meine, wir haben eine Rechnungsprüfungskommission, die uns im Nacken sitzt und kontrolliert, wie wir jetzt die budgetlose Zeit und die Richtlinien, die wir uns gegeben haben, umsetzen. Wenn wir natürlich ungebundene Ausgaben tätigen würden, ohne dass ein Schaden für die Stadt damit verbunden wäre, wenn wir sie nicht tätigen würden, bekämen wir von der Rechnungsprüfungskommission sicher einen Rüffel.

Simone Sager: Ich habe nur noch kurz einen Hinweis an Iris oder an Dich, Walter. Sorry, Du bist jetzt halt gerade hier. Ich würde es vielleicht auf der Oltner Homepage wegen des freiwilligen Schulsports noch anpassen. Dort kann man sich ja anmelden, und die Daten etc. sind erwähnt. Wenn man sich in diesem Sinne schon dazu entschieden hat, dass man es im März nicht durchführt, sollte man dies löschen oder je nach Budgetreferendum einen Hinweis machen. Es ist ja noch an die umliegenden Gemeinden», und es bekommen nicht alle Gemeinden mit, welches «Gschtürm» wir hier im Moment haben. Danke.

Beschluss

Mit 17 : 10 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird das Postulat nicht erheblich erklärt.

Mitteilung an
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 23. Januar 2019

Prot.-Nr. 39

Postulat Fraktion SP/JSP betr. Velofreundliche Ampelsteuerung/Beantwortung

Am 20. März 2018 hat die Fraktion SP/JSP zuhanden des Stadtrats folgendes Postulat eingereicht:

«*Velofreundlichere Ampelsteuerung*

Der Stadtrat soll prüfen, unter welchen Bedingungen mit dem Kanton vereinbart werden kann, dass mindestens die Lichtsignalanlagen am Postplatz, bei der Gäubahnbrücke, bei der Shanghai-Kreuzung und beim Café Ring angepasst werden, dass sie während der passiven Phase in der Nacht durch die Velofahrer so aktiviert werden können, dass durch eine aktive Steuerung des Verkehrs eine sichere Querung der Kreuzungen für Velofahrer möglich ist.

Begründung

- *Die Querung dieser Kreuzungen ist für weniger sportliche Velofahrer in gewissen Nächten und Zeiten nur möglich, wenn sie das Velo über teils entfernte Fussgängerstreifen stossen.*
- *Im Gegensatz zu den Fussgängern an den Fussgängerstreifen haben die Velofahrer keinen Vortritt. Wegen der geringeren Geschwindigkeit und der schlechteren Sichtbarkeit ist eine gefahrlose Querung dieser Kreuzungen schon bei mässigem Verkehr für viele Velofahrer nicht möglich,*
- *Der aktuelle Zustand steht in Widerspruch zu den Zielsetzungen des Mobilitätsplans, den Veloverkehr attraktiv zu gestalten.*
- *Eine Umsetzung ist aus Sicht der Postulantinnen/en in wenigen Monaten möglich.*
- *Die Kosten dürften dem Vorteil angemessen sein und stehen in einem sehr guten Verhältnis zu den Kosten für die Optimierungen des motorisierten Verkehrs.*
- *Eine vom Kanton geforderte Übernahme eines Teils der Kosten durch die Stadt darf kein Grund sein, die Massnahme nicht umzusetzen.»*

- - - -

Stadtpräsident Martin Wey beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Die erwähnten Lichtsignalanlagen (LSA) sind wochentags jeweils zwischen 22.00 Uhr und 05.00 Uhr passiv, das heisst auf Gelbblinken, am Samstag/Sonntag jeweils bis 07.00 Uhr.

Der Postplatz (Projekt Umgestaltung Aarburgerstrasse/Bahnhofquai) soll demnächst umgebaut werden. Das Projekt ist gegenwärtig wegen Einsprachen verzögert, der Baustart ist geplant auf 2019. Bei der neuen Anlage ist ein 24-Stunden-Betrieb der LSA vorgesehen, womit dem Anliegen Rechnung getragen wird.

Bei den anderen erwähnten Knoten sind für die Velobeziehungen jeweils Fussgängerstreifen vorhanden, bei welchen es für unsichere Velofahrer möglich ist, vom Velo abzusteigen und vortrittsberechtigt den Knoten als Fussgänger zu queren, wenn die LSA passiv ist.

Eine Einrichtung einer Bedarfsanlage würde erfordern, dass die LSA mit manuellen Anmeldeknöpfen (Anmeldeknopf) für die Velos ausgerüstet würden. Die Umrüstung würde einige zehntausend Franken kosten, da bei den Anlagen hardware- und softwaremässige Anpassungen vorgenommen werden müssten.

Bei einer Anlage, die passiv ist und auf Anmeldung eingeschaltet wird, entstehen längere Wartezeiten: während die Ampeln von «Gelbblinken» auf die «Alles-Rot-Phase» gewechselt haben, entsteht eine Wartezeit von ca. 15 Sekunden. Nach Einschätzung des Amtes für Verkehr und Tiefbau (AVT) des Kantons Solothurn sowie der Abteilung Ordnung und Sicherheit, Bereich Verkehr, würde diese Wartezeit zu grossen Missachtungen und schlechter Akzeptanz von Seiten der Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer führen, wenn kein oder nur wenig Verkehr vorhanden wäre und diese Einschaltphase trotzdem abgewartet werden müsste.

Alternativ dazu könnten die Anlagen in einem 24-Stunden-Betrieb belassen werden. Die Abschaltung der LSA in Nachtstunden hat sich aber während den letzten Jahrzehnten bewährt und findet inzwischen eine breite Akzeptanz seitens der Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer. Ein Abrücken von diesem Grundsatz müsste daher gut abgewogen werden.

Die virtuelle Unfallkarte des Bundesamts für Strassen (ASTRA; Daten ab 2011) zeigt an der Capitolkreuzung (Dornacherstrasse/Ringstrasse), an der Shanghai-Kreuzung (Neuhardstrasse/Unterführungsstrasse) sowie bei der Gäubahnbrücke (Aarburgerstrasse 63) keine Unfälle mit Fahrradbeteiligung. Im Januar 2015, zwischen 00.00–01.00 Uhr, kam es beim Postplatz zu einem Einbiegeunfall mit (einem) Leichtverletzten. Der genaue Hergang sowie dessen Umstände können nicht erhoben werden.

Die Umstellung von «Gelbblinken» auf Anmeldung wäre mit Kosten verbunden, welche in keinem Kosten-Nutzen-Verhältnis stehen. Insbesondere, da die erwähnten Kreuzungen bis dato nicht als Unfallschwerpunkte zu erkennen sind. Zudem führt eine Anmeldung sowie die Einführung des 24-Stunden-Betriebs zu Wartezeiten, was den übrigen Verkehrsfluss (auch jenen der Fahrradfahrer) unterbricht und zu Unverständnis führt.

Der Stadtrat empfiehlt dem Gemeindeparlament daher, das Postulat nicht erheblich zu erklären. Im Gegenzug soll beim Kanton beantragt werden, die LSA Postplatz bis zu deren Umbau erst nach 24 Uhr passiv zu schalten.

- - - -

Corina Bolliger: Die Fraktion SP/Junge SP bedankt sich beim Stadtrat für die Beantwortung des Postulats. Ganz zufrieden sind wir damit aber nicht. Es fängt da an, dass der Vorschlag, in der Nacht vom Velo abzusteigen und es über einen Zebrastreifen zu stossen, schon ziemlich schräg in der Landschaft steht. Es geht uns dabei nämlich nicht nur um Einzelpersonen, sondern um den gesamten Veloverkehr. Laut der Schweizerischen Vereinigung der Verkehrsingenieure und Verkehrsexperten beeinflussen gerade Knotenpunkte und Überquerungen die wahrgenommene Qualität der Velorouten. Weiter sagen sie in ihrem Merkblatt vom Februar 2018, dass das Velo auf einer Veloroute deshalb vortrittsberechtigt und prioritär behandelt werden soll. Eine gute Gestaltung trage wesentlich zur Sicherheit und zum Sicherheitsgefühl für alle Verkehrsteilnehmenden bei, insbesondere auch für die Übersicht für den MIV. Ausserdem ist das Fahren für Velofahrerinnen und Velofahrer schon bei Tag, wenn die Ampeln in Betrieb sind, sehr gefährlich, weil zum Beispiel gerade bei der Postkreuzung kein durchgehender Velostreifen eingezeichnet ist,

ganz zu schweigen vom Zustand des Veloverkehrs, der im Winter häufig herrscht. Schneemaden auf den Velostreifen machen das Velofahren nämlich zusätzlich zu einem Abenteuer, das nicht immer ungefährlich ist. Betreffend Wartezeiten gehen wir davon aus, dass man mit einem gesunden Menschenverstand zum Schluss kommt, dass 15 Sekunden an einer Ampel zu warten allemal schlauer ist, als einen Unfall in Kauf zu nehmen. Hier noch eine Bemerkung am Rand: Unfallkarte des Bundes für Strassen hin oder her, muss zuerst einmal etwas passieren, bevor wir handeln? Wir wollen vor allem auch als Versprechen im Mobilitätsplan erinnern, dass Olten für den Langsamverkehr attraktiver gemacht werden soll. Die Anpassung der Ampeln auf den 24-Stunden-Betrieb oder dann von Geblinke auf rot, wenn man auf den Knopf drückt, sehen wir als ersten Schritt für eine velofreundliche Stadt. Gerade hier könnte der Stadtrat mit seinem Versprechen aus dem Mobilitätsplan ernst machen. Da aus der Antwort ersichtlich wird, dass eine Variante zu teuer ist und die andere tendenziell machbar wäre und beim Postplatz sowieso ab 2019 der 24-Stunden-Betrieb der LSA vorgesehen ist, fordern wir, dass die Varianten des 24-Stunden-Betriebs bei allen genannten Knotenpunkten umgeschaltet werden. Aus all diesen Gründen setzt sich die Fraktion SP/Junge SP dafür ein, dass dieses Postulat erheblich erklärt wird. Wir akzeptieren die Alternative des Stadtrates, nämlich die Verlängerung des Normalbetriebs bei der Postkreuzung bis zwölf Uhr. Bei den übrigen Kreuzungen muss zwingend eine bessere Lösung, als das Velo über den Zebrastreifen stossen, umgesetzt werden. Uns erscheint eine Verlängerung des Betriebs bis zwölf Uhr besser als nichts. Aber es ist noch nicht ideal. Merci vielmals.

Michael Neuenschwander, Fraktion Grüne: Wir sind auch dafür, dass man das Postulat erheblich erklärt und zwar, weil wir gerne einmal eine Gesamtschau über alle Ampelsteuerungen und bezüglich Veloverkehr in der Stadt Olten hätten. Wir sind eigentlich nicht a priori für eine immer strengere Regelung bei allen Ampeln. Aber wir möchten, dass dies einmal wirklich angeschaut wird und wir nachher einen Bericht über die Situation und Verbesserungsvorschläge sehen werden.

Laura Schöni, Olten jetzt!: Wir schliessen uns unseren beiden Vorrednern, Corina und Michael, an und stimmen für die Erheblicherklärung dieses Postulats.

Beat Felber, CVP/EVP/GLP: Ich mache es kurz. In der Fraktion haben wir die Stellungnahme des Stadtrates als einleuchtend beurteilt. Die Absicht, die Lichtsignalanlage LSA am Postplatz erst ab zwölf Uhr umzuschalten, ist wünschenswert. Wir werden das Postulat daher im Sinne des Stadtrates einstimmig als nicht erheblich erklären.

Beschluss

Mit 16 : 13 Stimmen wird das Postulat erheblich erklärt.

Mitteilung an
Stadtschreiber/M. Dietler
Abteilung Ordnung und Sicherheit/Franco Giori
Abteilung Ordnung und Sicherheit/Manuela Basso
Abteilung Ordnung und Sicherheit/Lukas Müllegg
Rechtskonsulent und Personaldienst/Patrik Stadler
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 23. Januar 2019

Prot.-Nr. 40

Motion Christoph Fink (CVP/EVP/glp) und Mitunterzeichnende betr. Bereinigung der gesetzlichen Erlasse der Stadt Olten/Beantwortung

Am 24. Mai 2018 haben Christoph Fink (CVP/EVP/glp) und Mitunterzeichnende folgenden Vorstoss eingereicht:

«Der Stadtrat wird beauftragt, alle gesetzlichen Erlasse zur Aufhebung oder Revision vorzulegen, die durch die Teilrevision der Gemeindeordnung nicht mehr nötig sind oder wesentlicher Änderungen bedürfen.

Begründung:

Per 1.8.2017 ist die Gemeindeordnung teilrevidiert worden. Damit sind etliche Kommissionen aufgehoben worden. Das Reglement über die Aufgaben und Befugnisse der Sportkommission der Stadt Olten (Nr. 324) kann aufgehoben werden, da es diese Kommission nicht mehr gibt. Aus dem Reglement über die Aufgaben und Kompetenzen der Museenkommission und ihrer Unterausschüsse sowie der Konservatoren und des Stadtarchivars (Nr. 142) können die Bestimmungen zur Museenkommission gestrichen werden. Aus der Schulordnung der Einwohnergemeinde der Stadt Olten (Nr. 311) können die Artikel zur Fachkommission Bildung gestrichen werden; im Musikschulreglement der Einwohnergemeinde der Stadt Olten (Nr. 312) erübrigt sich der Artikel zur Musikschulkommission etc.»

- - - -

Stadtpräsident Martin Wey beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Die Teilrevision der Gemeindeordnung hat wie auch die Neuorganisation der Stadtverwaltung mit Aufhebung einer von sechs Direktionen zu einem erheblichen Änderungsbedarf in der städtischen Rechtssammlung geführt. Ein Teil davon konnte mit Parlaments- und Stadtratsbeschlüssen von Ende 2017 bereits abgedeckt werden. So hat der Stadtrat beispielsweise mit Beschluss vom 20. November 2017 das vom Motionär erwähnte Reglement über die Aufgaben und Kompetenzen der Museenkommission und ihrer Unterausschüsse sowie der Konservatoren und des Stadtarchivars bereits aufgehoben. Neben der Museenkommission wurde auch die Aufhebung der Kommission für Stadtentwicklung bereits in den Reglementen berücksichtigt. Aufgrund eingeschränkter Ressourcen konnte der Änderungsbedarf jedoch noch nicht «flächendeckend» berücksichtigt werden. Dies stellt in rechtlicher Hinsicht kein gravierendes Problem dar, da die Zuständigkeit in die Kompetenz der jeweiligen Rechtsnachfolge übergeht. Dennoch hat der Stadtrat das Ziel, auch im Sinne der Transparenz gegen aussen die Situation möglichst rasch zu bereinigen.

In diesem Sinne beantragt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, die Motion erheblich zu erklären.

- - - -

Muriel Jeisy: Wir sind mit der Antwort des Stadtrates zufrieden, dass er doch bemüht ist, dies zu bereinigen und man dies auch weiss. Nicht dass man hier irgendwie noch mit Rechtsunsicherheiten rechnen, weil es bei uns doch die eine oder andere Frage ausgelöst und ein wenig für Unruhe gesorgt hat. Merci.

Dr. Christine von Arx, Fraktion SP/Junge SP: Die Überprüfung der Reglemente, ob sie noch mit der neuen Gemeindeordnung vereinbar sind, ist konsequent, nachdem er sich ja die Arbeit mit der neuen Gemeindeordnung und auch mit dem Parlamentsreglement und dem Reglement des Stadtrates gemacht hat. Der Stadtrat hat im Dezember mit dieser Arbeit einmal einen ersten Anlauf genommen und hat die Direktion für öffentliche Sicherheit mindestens teilweise untersucht. Wir haben die entsprechende Reglementsänderung auch beschlossen. Es hat sich schon in der Beratung damals gezeigt, dass man dies auch bei den anderen Direktionen machen muss. Ein Beispiel, das uns aufgefallen ist, war die Schuldirektion. Man hat dort versprochen, es kommt. Bis jetzt ist nichts gekommen. Deshalb erachten wir es als sinnvoll, dass man den Druck etwas aufrechterhält und dies deshalb als Motion verlangt. Wichtig ist bei der ganzen Arbeit für uns aber, dass man nicht einfach nur die Reglemente durchgeht und wo noch eine Kommission enthalten ist, streicht man sie einfach heraus. Man muss sich schon ein wenig etwas überlegen dabei. Diese Kommissionen hatten beratende Aufgaben. Das hat doch zu gewissen Einflussmöglichkeiten führen können. Da muss man schauen, dass es wieder ein sinnvolles Gewicht gibt, wie die Behörden teilweise funktionieren, wie man das Know-how, das die Kommissionen eingebracht haben, auffangen kann. Von daher erwarten wir hier natürlich vom Stadtrat schon einfach mehr als nur eine kosmetische Anpassung. Das Ganze wird deshalb nicht ganz so einfach sein, wie sich dies vielleicht der Eine oder Andere jetzt auf den ersten Blick vorstellt. Aber trotzdem sind wir auch für Erheblicherklärung.

Raphael Schär, Fraktion Grüne: Ich kann mich der Vorrednerin anschliessen. Wir unterstützen natürlich diese Bemerkungen und finden es sinnvoll, dies zu überweisen und auch erheblich zu erklären.

Beschluss

Einstimmig wird die Motion erheblich erklärt.

Mitteilung an
Direktion Präsidium/Markus Dietler
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 23. Januar 2019

Prot.-Nr. 41

Interpellation Fraktion Grüne betr. Behördenpropaganda gegen das Energiegesetz – Intervention durch Stadtpräsident Martin Wey im Graubereich?

Am 24. Mai 2018 hat die Fraktion Grüne folgenden Vorstoss eingereicht:

«Im Zug der Abstimmungskampagne gegen das Energiegesetz tritt der Oltnere Stadtpräsident Martin Wey prominent als Co-Präsident auf – dies u.a. in einem Brief an die gesamte Bevölkerung am 16. Mai 2018.

Auf kantonaler Ebene gilt klar:

Ein Engagement der Kantonsregierungen in einem eidgenössischen Abstimmungskampf hat sich gemäss den von der Konferenz der Kantonsregierungen (KDK) angewandten Grundsätzen an den generellen Regeln für die Behördeninformation zu orientieren. Insbesondere gilt ein Missbrauchs- und Propagandaverbot, «auf Werbung ist zu verzichten» und «Zwischen Behörden-Information und der eigentlichen Führung des Abstimmungskampfs durch die privaten Komitees muss eine klar erkennbare Trennlinie bestehen» (Quelle: Konzept Behördeninformation zur Weiterführung des Personenfreizügigkeitsabkommen und dessen Ausdehnung auf Rumänien und Bulgarien vom 26. September 2008, http://www.kdk.ch/fileadmin/files/Aktuell/Medienmitteilungen/2008/MM_Konzept-Behoerdeninformation_Weiterfuehrung_Ausdehnung-FZA_20080926.pdf). Ausserdem hat das Bundesgericht mit Urteil vom 14. Dezember 2016 betreffend NDG-Abstimmung festgehalten, dass behördliche Interventionen von Kantonsregierungen in eidgenössischen Abstimmungskämpfen nur zulässig sind, wenn eine besondere Betroffenheit des entsprechenden Kantons besteht.

Die Grüne Fraktion hat darum folgende Fragen:

- 1) Welche Richtlinien und Grundsätze wendet der Stadtrat im Hinblick auf Interventionen in Abstimmungskämpfen an?
- 2) Wer bezahlt die Inserate und Briefe gegen das Energiegesetz mit den Abbildungen oder Unterschrift von Stadtpräsident Martin Wey und wie hoch sind die entsprechenden Kosten?
- 3) War der Stadtrat der Energiestadt Olten im Vorfeld informiert über die vorgesehenen Propaganda-Aktivitäten von Stadtpräsident Martin Wey als Co-Präsident?
- 4) Wie beurteilt der Stadtrat die beschriebenen Abstimmungsinterventionen insbesondere unter dem Gesichtspunkt der klaren Trennung von Behördeninformation und privaten Komitees?

- 5) Wie beurteilt der Stadtrat der Energiestadt Olten die klaren Falsch-Aussagen des Komitees, dass der Klimaschutz durch den mit dem Gesetz angestrebten Weg zu erneuerbaren Energiequellen sinnlos sei?
- 6) Wie beurteilt der Stadtrat von Olten als Wirtschaftsstandort die Tatsache, dass bei einer Ablehnung weiter Millionen für fossile Energien ins Ausland abfliessen und KMUs im Bereich von nachhaltigen Energien schlechter dastehen als in anderen Kantonen, welche die MuKE bereits umgesetzt haben?»

- - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtpräsident Martin Wey** den Vorstoss wie folgt:

Grundsätzliches:

Die Argumentation der Interpellantinnen und Interpellanten geht von der irrtümlichen Annahme aus, bei dem von Stadtpräsident Martin Wey unterzeichneten Flyer des «Solothurner Komitees Menschen für Klimaschutz gegen Energiebürokratie und Kostenwahn» handle es sich um die Verlautbarung einer Behörde, bei der die «klar erkennbare Trennlinie» zwischen Behördeninformation und Führung eines Abstimmungskampfes zu ziehen sei, welche unter der im Vorstoss genannten Referenz gefordert wird. An dieser Stelle gilt es festzuhalten, dass der Stadtrat grundsätzlich als Gremium keine Abstimmungspropaganda macht und sich nur in absoluten Ausnahmen im Interesse der Stadt für oder gegen eine Vorlage auf kantonaler oder eidgenössischer Ebene einsetzt, was er dann auch mit entsprechenden Massnahmen explizit kommuniziert. Schon aus diesem Grund kann man davon ausgehen, dass das Engagement eines Stadratsmitglieds jeweils als Einzelperson erfolgt.

Beim vorliegenden Flyer handelt es sich um die Verlautbarung eines Komitees; der Absender des Schreibens wurde dabei klar definiert. Die an der Parlamentssitzung geäusserte Meinung, die Berufsbezeichnung «Stadtpräsident» könne dazu führen, dass die Leserin oder der Leser meine, die offizielle Stadt Olten sei gegen das Energiegesetz, wirkt konstruiert.

Während ein nebenamtliches Stadratsmitglied als Berufsbezeichnung den «andern» Teil seiner beruflichen Tätigkeit auswählen kann, bekleidet der vollamtliche Stadtpräsident dieses Amt als Beruf. Entsprechend hat er darauf zu achten, dass er allfällige unterschiedliche Rollen sauber trennt, wie dies im vorliegenden Fall erfolgt ist. Andererseits kann ihn diese Herausforderung nicht zum «politischen Eunuchen» machen, ist er doch weiterhin neben seiner Funktion als Stadtpräsident auch Privatmann, Parteimitglied, allenfalls Vereinsmitglied etc.

Zu den einzelnen Fragen:

1. *Welche Richtlinien und Grundsätze wendet der Stadtrat im Hinblick auf Interventionen in Abstimmungskämpfen an?*

Der Stadtrat entscheidet im Bedarfsfall, ob er sich als Gremium für oder gegen eine Vorlage einsetzen will. Entscheidet er sich – wie erwähnt im absoluten Ausnahmefall – für ein solches Engagement als Gremium, hält er sich ebenfalls an die erwähnten generellen Regeln. Daneben steht es den einzelnen Stadratsmitgliedern frei, sich wie im vorliegenden Fall in Komitees oder als Einzelpersonen in Abstimmungskämpfen zu engagieren; sie informieren jedoch ihre Kolleginnen und Kollegen über solche Engagements, so dass diesbezüglich auch eine Diskussion stattfinden kann.

2. *Wer bezahlt die Inserate und Briefe gegen das Energiegesetz mit den Abbildungen oder Unterschrift von Stadtpräsident Martin Wey und wie hoch sind die entsprechenden Kosten?*

Es wurden keine städtischen Gelder für die Kampagne verwendet.

3. *War der Stadtrat der Energiestadt Olten im Vorfeld informiert über die vorgesehenen Propaganda-Aktivitäten von Stadtpräsident Martin Wey als Co-Präsident?*

Der Stadtrat wurde an einer seiner Sitzungen vom Stadtpräsidenten über sein Engagement informiert.

4. *Wie beurteilt der Stadtrat die beschriebenen Abstimmungsinterventionen insbesondere unter dem Gesichtspunkt der klaren Trennung von Behördeninformation und privaten Komitees?*

Wie unter Grundsätzlichem erwähnt, geht es unter der erwähnten Referenz hauptsächlich um die Trennung zwischen Behördeninformation und «Behörden-Propaganda»; beides trifft im vorliegenden Fall nicht zu. Der Absender des erwähnten Flyers wurde klar erkennbar definiert, womit auch die geforderte Trennlinie zwischen Behörden und privatem Komitee für alle nachvollziehbar ist.

5. *Wie beurteilt der Stadtrat der Energiestadt Olten die klaren Falsch-Aussagen des Komitees, dass der Klimaschutz durch den mit dem Gesetz angestrebten Weg zu erneuerbaren Energiequellen sinnlos sei?*

Der Stadtrat beurteilt die Aussagen des Komitees inhaltlich nicht.

6. *Wie beurteilt der Stadtrat von Olten als Wirtschaftsstandort die Tatsache, dass bei einer Ablehnung weiter Millionen für fossile Energien ins Ausland abfliessen und KMUs im Bereich von nachhaltigen Energien schlechter dastehen als in anderen Kantonen, welche die MuKE bereits umgesetzt haben?»*

Der Stadtrat beurteilt die Aussagen des Komitees inhaltlich nicht.

- - - -

Felix Wettstein: Wenn es eine nationale Abstimmung zu einer bundesrätlichen Gesetzesvorlage gibt, fängt der Entscheidungsprozess bekanntlich mit einem Vernehmlassungsverfahren an, bei dem sich zum Beispiel Kantonsregierungen beteiligen können und dies auch fleissig tun. Wenn dann der Entwurf in den eidgenössischen Räten ist, schauen wir vor allem darauf, dass man die eigenen Ständeräte von der Kantonsposition überzeugen kann. Wenn dann aber die Volksabstimmung da ist, hat eine Regierungsrätin oder ein Regierungsrat zu schweigen. Einzige Ausnahme wäre der Fall, in dem der eigene Kanton von einem nationalen Entscheid auf eine sehr spezifische Art betroffen wäre, anders als die anderen Kantone. So hat es sich zum Beispiel der Regierungsrat des Kantons Solothurn auferlegt, nachdem zwei seiner Mitglieder bei der Vorlage zur Unternehmenssteuerreform III diese Grundsätze arg missachtet hatten. Was ich jetzt zum Verhältnis Kanton/Bund gesagt habe, müsste eigentlich analog auch für das Verhältnis Stadt/Kanton gelten. Wenn es eine kantonale Regierungsvorlage gibt, fängt auch diese mit einer Vernehmlassung an, bei der sich jede Gemeinde, auch die Stadt Olten, beteiligen kann. Wenn es dann in den Kantonsrat kommt, hat man die Möglichkeit, die Kantonsrätinnen und –räte, die aus der Region Olten sind, für seine Sicht der Dinge zu gewinnen. Wenn dann aber die kantonale Volksabstimmung da ist, hat eine Stadträtin oder ein Stadtrat zu schweigen, ein

Stadtpräsident sowieso. Einzige Ausnahme wäre der Fall, in dem die eigene Stadt von einem kantonalen Entscheid auf eine sehr spezifische Art betroffen wäre, anders als die anderen Gemeinden. Eine solche Richtlinie hat sich der Oltnen Stadtrat, nein, leider immer noch nicht gegeben. Mit unserer Interpellation wollten wir ihn darauf «lüpfen», dass er dies ja jetzt auch so machen könnte. Das ist uns leider nicht gelungen. Darüber hinaus müssen wir konsterniert zur Kenntnis nehmen, dass unsere Exekutive sich bei der Frage 6 weigert, auf die Frage einzugehen, die sich nämlich nicht auf Aussagen eines Komitees bezieht, sondern auf die Auswirkungen einer Blockadehaltung in Sachen Energieeffizienz und erneuerbare Energien auf den Wirtschaftsstandort Olten. Zum Schluss noch dies: Wir hätten es noch geschätzt, wenn jemand der vier nebenamtlichen Stadtratsmitglieder diese Interpellation im Namen des Stadtrates beantwortet hätte.

Simon Muster, Fraktion SP/Junge SP: Wie Felix und viele andere Personen waren wir eigentlich recht überrascht, als wir diesen Flyer im Briefkasten gefunden haben. Vielleicht weil wir immer so prominent ein Energiestadtlabel haben, passt dies irgendwie nicht so, dass sich unser Stadtpräsident gegen das kantonale Energiegesetz einsetzt. Wir finden die Erklärung, die in dieser Interpellation gegeben ist, wirkt ein wenig konstruiert. Man kann sich hier schon hinter juristischen Begrifflichkeiten verstecken und sagen, okay, man ist als Privatperson aufgetreten. Aber es ist halt einfach nicht so, dass es die gleiche Wirkung gehabt hätte, wenn gestanden wäre, Martin Wey, CVP-Politiker, Olten. Diese Testimonials funktionieren ja nur wegen dieser Funktionen so, und die Funktion ist Stadtpräsident, und das hat ein grösseres Gewicht. Ich glaube, darüber müssen wir gar nicht diskutieren. Wie die grüne Fraktion wünschen wir uns auch, dass sich der Stadtrat klarere Richtlinien gibt. Gleichzeitig möchten wir dem Stadtrat aber auch ein Kompliment aussprechen, dass er genau in einem Fall, in dem die Stadt Olten eben besonders betroffen ist, mehr als andere Gemeinden, nämlich bei der Steuervorlage 2017 einen mutigen Schritt nach vorne gemacht hat.

Matthias Borner: Ich wollte nur kurz sagen, dass ich es interessant, dass man Martin Wey einerseits vorwirft, dass er beim Energiegesetz seinen Standpunkt mitteilt hat und ihn dann im letzten Satz dafür lobt, dass er jetzt für die SV 2017 auch einen Schritt nach vorne gemacht hat. Da gibt es eine gewisse Diskrepanz der Beurteilung.

Simon Muster: Du hast ja vorhin in der Pause gefragt, ob Du Dich unklar ausgedrückt hast. Vielleicht habe ich mich jetzt unklar ausgedrückt. Ich habe gesagt, in diesem spezifischen Fall ist ja genau gegeben, was Felix gesagt hat. Olten ist viel mehr betroffen als alle andere Gemeinden. Von daher ist der Grund durchaus viel mehr gegeben als beim Energiegesetz.

Florian Eberhard: Matthias, ein weiterer Unterschied ist, dass es ein Gremium ist, das aufgetreten ist. Sie haben dies zusammen im Voraus besprochen. Es ist nicht so, dass eine Einzelperson vorgeprescht ist.

Felix Wettstein: Wir sind mit den Antworten nicht zufrieden.

Mitteilung an
Stadtkanzlei, Andrea von Känel Briner
Kanzleiakten

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 23. Januar 2019

Prot.-Nr. 42

Postulat Fraktion CVP/EVP/glp betr. Schutz der Holzbrücke/Beantwortung

Die Fraktionsgemeinschaft CVP, EVP, glp Olten hat am 22. Mai 2018 ein Postulat mit folgendem Wortlaut eingereicht:

Antrag:

Der Stadtrat wird beauftragt, den Schutz der Holzbrücke vor Feuer und andern Gefahren zu überprüfen und zu verbessern.

Begründung:

Das Feuer auf der Holzbrücke vom 28.03.2018 hat gezeigt, dass weggeworfene Zigarettenstummel die Holzbrücke in Brand setzen können. Die Holzbrücke ist ein wertvoller Teil unserer Altstadt, die unter Denkmalschutz steht.

Es ist darum geboten, den bisherigen Brandschutz der Holzbrücke zu überprüfen. Der Stadtrat wird aufgefordert, ein definitives Rauchverbot zu erlassen.

- - - -

Stadtrat Thomas Marbet beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Ausgangslage

Der Brand vom 28. März 2018 war nun bereits der sechste Brand der Holzbrücke seit Sanierung des Gehbelages im Jahr 2003. In den ersten Jahren nach der Sanierung gab es keine Brände, in den letzten sieben Jahren jedoch vermehrt. Die Arbeitsgruppe der Brandsanierung, bestehend aus zwei Holzbauspezialisten, einem Ingenieurbüro, der Feuerwehr und dem Tiefbauamt, geht davon aus, dass Abfälle, Spinnweben, Konfetti und dergleichen für die Häufung der Brände in jüngster Zeit ursächlich sind. Diese haben sich in Spalten und Zwischenräumen angesammelt. Daher reicht ein glühender Zigarettenstummel für einen Brand aus. Ein Zigarettenstummel allein kann das Konstruktionsholz nicht entzünden. Mit einem "Zünder" aus Abfall ist dies jedoch möglich.

Die Arbeitsgruppe empfiehlt daher mit dem Sanierungsprojekt folgende Massnahmen umzusetzen:

- Reinigung unter dem Bodenbelag ermöglichen durch demontierbare Teile und regelmässiges Reinigen der Zwischenräume
- Fixe Löschvorrichtung (Sprinkleranlagen unter dem Boden) einbauen, die von der Feuerwehr in Betrieb genommen werden kann
- Rauchverbot auf der Brücke

- Brandmeldeanlage erneuern

Mit diesen Massnahmen wird der Brandschutz der Holzbrücke erhöht. Sie sind Gegenstand des Sanierungsprojektes, welches noch im Jahr 2018 umgesetzt werden soll.

Der Stadtrat beantragt daher, das Postulat als nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Beat Felber: Wir haben dies an der Fraktionssitzung besprochen. Christoph Fink ist ja heute nicht da. Ich rede für ihn. Wir möchten eigentlich an diesem Postulat gleichwohl festhalten, weil es doch seine Berechtigung hat. Danke.

Matthias Borner, SVP-Fraktion: Ehrlich gesagt waren wir etwas verwirrt, dass die CVP dieses Geschäft nicht zurückgezogen hat. Wir haben ja bereits schon den Kredit gesprochen. Die Schiffe sind schon aufgefahren. Es wird repariert. Zu den Sicherheitsbedenken ist uns dargelegt worden, was man jetzt macht. Man macht sicher einen Schritt nach vorne. Eigentlich, was Ihr damals verlangt habt. Ihr seid schon wieder überholt worden, und Gelder sind ja schon gesprochen worden. Deshalb habe ich eigentlich nicht verstanden, dass man dieses Geschäft nicht zurückzieht.

Raphael Schär, Fraktion Grüne: Schön, dass wir heute einmal noch gleicher Meinung sind. Wir sind eigentlich auch der Meinung, dass man dies nicht mehr überweisen müsste. Sonst könnte man es auch gleich abschreiben, weil die vorgeschlagenen Massnahmen bereits umgesetzt sind. Falls man dies kann, würden wir sonst gleich noch über eine Abschreibung abstimmen, wenn man überweisen würde.

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Abschreiben kann man nicht mehr.

Muriel Jeisy: Ich möchte gleichwohl noch kurz ergänzen. Beat hat vergessen, was Christoph noch abgeklärt hat, wieso wir eigentlich der Meinung sind, vor allem, wie man es abschreiben könnte, würde man es noch lassen. Wir möchten es gleichwohl erheblich erklärt haben, weil uns in diesem Zusammenhang in den Sinn gekommen ist, dass man noch prüfen sollte, ob man nicht ein Bettelverbot oder irgendwie ein Übernachtungsverbot, etwas in diese Richtung machen müsste, weil man doch festgestellt hat, es geht in diese Richtung. Er hat noch gesagt, man hat sich damals eigentlich dafür eingesetzt, dass man dies in der Stadt aufheben würde. Aber in diesem spezifischen Fall sehen wir es auch unter weiteren Massnahmen noch nicht vollständig abgedeckt und man solche Optionen, wenn es dann fertig sein wird, ebenfalls noch anschauen müsste.

Heidi Ehram: Christoph Fink fand dies in Bezug auf Feuer, wie Ihr es alle sagt. Dann könnte man dies abschreiben. Aber er hatte das Gefühl, auf die anderen Gefahren sei hier noch zu wenig eingegangen worden. Deshalb möchten wir es erheblich erklären. Das ist die Begründung. Das ist nur ein Teil des Postulats, der erfüllt ist.

Dr. Christine von Arx: Ich denke, man muss bei diesem Postulat beim Wortlaut bleiben. Man kann es jetzt nicht einfach abändern. Schon beim Antrag geht es um den Brandschutz. Auch wenn noch von anderen Gefahren die Rede ist, sind hier, wenn man etwas Goodwill nimmt, sicher Sachen wie Elementarschaden gemeint und nicht sonst irgendeine optische Verschmutzung durch Personen, die einem zum Beispiel nicht gefallen. Das ist hier kaum gemeint. Wenn man dann die Begründung nimmt, die dies erläutert, ist es ganz klar Brandschutz gemeint. Insofern ist dieses Postulat so nicht mehr nötig. Es wird ja schon umgesetzt. Wir haben den Kredit schon bewilligt. Wenn man etwas Anderes meint, wenn man sich auf dieser Brücke von irgendwelchen Leuten belästigt fühlt und dies unterbinden lassen will, wäre es eigentlich redlich, wenn man einen entsprechenden Vorstoss macht und dies auch so deutlich sagt.

Muriel Jeisy: Ich habe mich hier vielleicht auch zu wenig genau ausgedeußt. Es geht darum, dass man feststellen musste, dass die Leute, die sich dort aufhalten, zu was auch immer, ob sie nur betteln oder übernachten, häufig einfach auch rauchen und dies mit Zigaretten eben auch Gefahren gibt. Ja, im Moment besteht auf der Holzbrücke ein Rauchverbot. Aber eingehalten wird es, wie ich auch selber oftmals feststellen muss, mehr schlecht als recht. Wir können ja ständig die Polizei dorthin delegieren. Deshalb müsste man halt diese Massnahmen, das wäre indirekt, um den Brandschutz zu erreichen, auch ein wenig weiterdenken.

Stadtrat Thomas Marbet: Wir haben natürlich schon ein Bettelverbot in der Stadt. Übernachten kann man, darf man grundsätzlich schon. Das sind ja noch eine andere Initiative oder andere Bemühungen hängig. Aber wir können feststellen, wir haben ein Bettelverbot. Von daher geht auch keine Gefahr aus. Es sind ja eigentlich mehr Passanten. Bettler rauchen nicht so viel. Das habe ich auch festgestellt. Wir wollten nicht erheblich erklären, weil wir ja jetzt mit der Sanierung umsetzen. Das OT berichtet auch tagtäglich darüber. Dafür bedanken wir uns natürlich auch. Wir haben ja gesagt, wir möchten es in einen etwas grösseren Zusammenhang stellen. Mit der Erheblicherklärung muss man natürlich wieder einen Bericht machen. Wir fanden jetzt, das mache hier nicht so viel Sinn. Wir müssen dieses Geschäft ja wieder unterbreiten, wenn es erheblich ist. Ich finde dies auch etwas Aufwand.

Beschluss

Mit 25 : 4 Stimmen wird das Postulat nicht erheblich erklärt.

Mitteilung an
Gemeindeparlament
Parlamentsakten
Direktion Bau, Kurt Schneider
Stadtkanzlei, Andrea von Känel

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 23. Januar 2019

Prot.-Nr. 43

Überparteiliches Postulat: WLAN im Stadthaus

Am 24. Mai 2018 wurde folgendes überparteiliches Postulat eingereicht:

«Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob der Parlamentsaal, sowie die Besprechungszimmer im 4., 7. und 9. Stock und der Empfangsraum im 11. Stock mit WLAN ausgerüstet werden können.

Die Anlagen sollen so dimensioniert werden, das folgenden Nutzerzahlen beherrscht werden können:

- Parlamentsaal: 75
- Besprechungszimmer: 15
- Empfangsraum: 25

Begründungen:

- Die Ausrüstung mit WLAN erleichtert das Arbeiten On-Line stark
- On-Line-Arbeiten reduziert die Notwendigkeit, Dokumente auf Papier auszudrucken deutlich, spart somit Kosten und schont die Umwelt.
- Zusätzliche Dokumenten können den Teilnehmern einer Sitzung rasch und einfach zugänglich gemacht werden.

- - - -

Im Namen des Stadtrates beantwortet **Stadtrat Benvenuto Savoldelli** den Vorstoss wie folgt:

Ausgangslage:

Zurzeit verfügt die Stadtverwaltung über kein mobiles Netzwerk im Stadthaus. Zugriffe auf das Internet via mobiler Geräte (Handy, Tablet etc.) können nur via 3G oder 4G-Karte erfolgen. Mit der Einführung eines eigenen WLAN wird dies nicht mehr benötigt. Die Verbindung könnte neu via Einloggen ins System erfolgen.

Die Direktion Finanzen und Dienste hat eine Kostenzusammenstellung für die Einführung eines WLAN in den gewünschten Räumlichkeiten erstellt. Folgende Prämissen und rechtliche Grundlagen wurden dabei für einen Ausbau des WLAN festgelegt:

- Erschlossen werden die Besprechungszimmer 406, 703 und 901 (Stadtratszimmer) sowie den Empfangsraum im 11. OG und der Parlamentssaal im EG.
- Es soll ein Zugriff auf das Internet möglich sein. Ein Zugriff soll jedoch zeitlich limitiert bleiben und muss bei Zugriff jeweils durch einen Handy-Code (SMS) oder andere Sicherheitsbarrieren bestätigt werden (Verhindert die permanente Nutzung Dritter). Die gesetzlichen Pflichten gemäss Bundesgesetz betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF) sind einzuhalten.
- Aus Sicherheitsgründen wird kein direkter Zugriff auf das Netzwerk der Einwohnergemeinde Olten möglich sein. Ein Zugriff auf das Netzwerk der Gemeinde muss via SecOvid/Citrix erfolgen.

Ausführungskosten:

Bei einer Realisierung des Projektes muss mit folgenden Kosten gerechnet werden:

Erstmalige Investitionskosten (inkl. MwSt.)

Position Verkabelung

Zusätzliche Verkabelung inkl. Montage von AP

Kalkuliert: Ratssaal 8 AP, Sitzungszimmer je 2 AP

Total Verkabelung und Montage	Fr.	5'500
--------------------------------------	------------	--------------

Position Accesspoints (AP)

Beschaffung 10 AP-315 (ohne Ratsaal, inkl. Reserve)	Fr.	11'800
---	-----	--------

Beschaffung 9 AP-314 (Ratsaal inkl. Reserve)	Fr.	10'700
--	-----	--------

MountKit und Externe Antennen	Fr.	6'200
-------------------------------	-----	-------

Power over LAN Midspan (PoE) 4x8 + 1x16	Fr.	3'200
---	-----	-------

<u>Rabatte</u>	<u>Fr.</u>	<u>-10'200</u>
----------------	------------	----------------

Total Beschaffung (inkl. Projektrabatt)	Fr.	21'700
--	------------	---------------

Position Lizenzen Clear Pass

Anschaffung Lizenzen Clear Pass

Total Lizenzen Clear Pass	Fr.	3'800
----------------------------------	------------	--------------

Position Dienstleistungen

Konzept, Messung, Konfiguration, Dokumentation (9 Tage)	Fr.	16'900
---	-----	--------

Total Dienstleistungen	Fr.	16'900
-------------------------------	------------	---------------

Reserve	Fr.	1'100
---------	-----	-------

Gesamttotal Investitionskosten	Fr.	49'000
---------------------------------------	------------	---------------

Wiederkehrende Kosten (inkl. MwSt.)

Wartung Anwender-Registrierung	Fr.	300
--------------------------------	-----	-----

Wartung Clear Pass	Fr.	1'200
--------------------	-----	-------

Infrastruktur Aruba Device Mgmt. (inkl. Projektrabatt)	Fr.	5'900
--	-----	-------

Swisscom Business Internet M 100 Mbit/s	Fr.	1'500
---	-----	-------

<u>SMS Provider</u>	<u>Fr.</u>	<u>400</u>
---------------------	------------	------------

Total wiederkehrende Kosten	Fr.	9'300
------------------------------------	------------	--------------

Je nach gewünschter Ausführung können die Investitionskosten variieren. Folgende Einflüsse können Auswirkungen auf den Endpreis haben:

- Anforderungen WLAN:

- Im Postulat werden nur Zahlen betreffend Benutzer angegeben und keine über einen möglichen gleichzeitigen Zugriffe (Anzahl Geräte). So können sich z.B. im Parlamentsaal bei 75 Benutzer, (jeder hat ein Handy, Tablet und Notebook) bis zu 225 Verbindungen ergeben. Aktuell wurden deshalb im Ratssaal 8 AP kalkuliert.
 - Im Postulat wurden keine Anforderungen an die Bandbreite gestellt, im aktuellen Angebot wird mit einem Business Internet von 100Mbit/S kalkuliert. Ein gleichzeitiger Dokumentendownload ist somit gewährleistet. Ein gleichzeitiger Zugriff auf Multimedia-Seiten kann jedoch zu Verzögerungen führen. Höhere Zugriffsraten sind mit höheren Kosten möglich.
- Montage Access Point an der Wand oder in der Decke:
 - Bei der aktuellen Vorlage sind AP im Ratssaal mit externen Antennen vorgesehen, in den Sitzungszimmern AP in den Decken ohne Antennen. Die Differenz der beiden AP-Typen liegt in der Abstrahlcharakteristik. Im Rahmen der Messungen wird der effektive AP-Typ präzisiert.
- Projektrabatte:
 - Rabatte können Sie je nach Typ und Anzahl der AP ändern.
- SMS Benachrichtigung:
 - Wir haben mit ca. 4'000 SMS Benachrichtigungen Pro Jahr gerechnet.
- Wartung Hardware:
 - In der Offerte wurde Reservegerät kalkuliert, dafür keine Hardware-Wartungskosten.
- UKV Verkabelung
 - Parlamentsaal: Die Angabe der genauen Anzahl und Platzierung an AP ist nur nach einer Messung vor Ort möglich. Die aktuelle Konfiguration ist auf ein Maximum ausgelegt.
 - Empfangsraum 11. OG: Die Angabe der genauen Anzahl und Platzierung an AP ist nur nach einer Messung vor Ort möglich. Die aktuelle Konfiguration ist auf ein Maximum ausgelegt.

Aktuell besteht aus dem Kredit der Sanierung des Stadthauses noch ein Restkredit von rund 65'000 Franken. Zumindest die Verkabelung sowie die die konzeptionellen Arbeiten im Gesamtbetrag von rund 22'500 könnten über diesen Kredit abgerechnet werden.

Der Stadtrat erachtet sowohl die einmaligen Kosten, ungeachtet ob Kredit Sanierung Stadthaus oder neuer Kredit, sowie die jährlich wiederkehrenden Kosten im Vergleich zum

erwarteten Nutzen als sehr hoch. Bei einer Nutzdauer der AP von 4 Jahren (reine AP-Kosten Fr. 21'700) entstehen somit Kosten pro Nutzer (Vorgabe 115 Nutzer) von jährlich rund 270 Franken (1/4 AP und jährliche Kosten).

Der Stadtrat beantragt daher, das Postulat als nicht erheblich zu erklären.

- - - -

Daniel Kissling, Olten jetzt!: Wir halten natürlich weiterhin an diesem Postulat fest. Zwar sind wir froh, dass der Stadtrat diese Abklärungen gemacht hat, haben aber auch schon an anderer Stelle gesagt, dass wir wie das Gefühl haben, dass die veranschlagten Kosten sehr hoch sind und vielleicht so hoch sind, dass man dann einen guten Grund hätte, sie abzulehnen. Wir haben selber einige Recherchen gemacht, vor allem Tobias Oetiker. Er hat gesagt, wenn er es jetzt planen würde, wäre dies bei rund Fr. 5'000.— für das Einrichten und ca. Fr. 900.— Unterhaltskosten pro Jahr. Wir können dies auch gerne zur Verfügung stellen. Wenn es dem Stadtrat mit der Digitalisierung dieser Stadt wirklich ernst ist, wäre dies zum Beispiel ein schöner erster Schritt, und dementsprechend bleiben wir dabei. Wenn wir hören, dass ein Teil oder ein grosser Teil der Mitarbeiter über ihr Handy-Abo ins Internet gehen müssen und dies natürlich bezahlt erhalten, aber über einen Hotspot gehen müssen, weil es im Turmhaus kein WLAN hat, finden wir dies schon nicht so super und finden immer noch, dass das Postulat richtig ist.

Michael Neuenschwander, Fraktion Grüne: Ich möchte mich Daniel Kissling im Sinne anschliessen, dass wir auch festgestellt haben, dass die Kosten sehr hoch berechnet sind. Ohne dass ich ein absoluter Spezialist bin, wenn ich aber ein wenig recherchiere, muss ich sagen, das ist sehr gut gerechnet. Ich weiss nicht, wer es gerechnet hat. Man soll ja gut rechnen. Aber einfach nicht allzu gut. Wenn man nachher Kosten pro Nutzer von jährlich Fr. 270.— usw. ausweist, fängt es an einzuschenken. Dann muss ich sagen, es ist nicht mehr korrekt. Grundsätzlich finden wir schon, dass es zu einer wirklich zeitgemässen Infrastruktur gehört, dass man mindestens in den Sitzungszimmern des Stadthauses, und das gehört hier als grösstes natürlich auch dazu, einen guten, leistungsfähigen Online-Zugang hat. Das wird vor allem in die Zukunft gerechnet noch viel wichtiger werden, dass man hier Zugriff auf Dokumente usw. nehmen kann. Wenn man sieht, dass man sogar noch einen Restkredit von ca. Fr. 65'000.— hat und einen Teil davon einsetzen könnte und man diese Kosten etwas herunterrechnen würde, hätte man wahrscheinlich einen grossen Teil dieser Kosten, die es in diesen fünf Räumen verursachen würde, decken können. Wir sind dafür, dass dieses Postulat erheblich erklärt, wirklich bald einmal geprüft wird, bald einmal offeriert werden kann und wir vielleicht bald darüber entscheiden könnten. Noch etwas Kurzes zu den Strahlungsskeptikerinnen und -skeptiker: Sie sind nicht einfach in unserer Partei, sondern überall immer wieder zu finden. Dass man sagt, man ist dann schädlicher elektromagnetischer Strahlung ausgesetzt, wenn man überall WLAN-Zugang hat. Es ist erwiesen, dass es, wenn man mit einem Handy mit mobilem Internet-Empfang unterwegs ist, viel höhere Strahlungen als ein leistungsfähiger direkter WLAN-Zugang verursacht. Wenn man sich vorstellt, dass nur zwei, drei Personen, und hier haben wir einen sehr schlechten Empfang, über ihre SIM-Karte im Netz sind, hätten wir also mit einem WLAN-Zugang für alle in dieser Hinsicht auch schon einiges erreicht.

Eugen Kiener: Wenn die SP/Junge SP Fraktionssitzung hat, sind etwa 20 Tablets, Laptops und Smartphones auf dem Tisch. Es ist klar, dass wir für das WLAN sind. Auch Noldi, der nicht mit solchen Geräten arbeitet, will zustimmen, obschon Karl Marx noch vernetzt denken konnte ohne solches Zeug. Ich selber bin auch ein fleissiger Nutzer von WLAN, musste meinen Vater oft im Spital besuchen. Dort hat dies gut funktioniert. Heute Mittag im Restaurant Gleis 13, Passwort übrigens Salatschlüssel, hat es auch sehr gut funktioniert. In diesem Sinne möchte ich zeigen, dass es sehr unterschiedliche Lösungen gibt. Hier ist eigentlich schon, bevor wir eigentlich das Postulat überwiesen haben, ein fertiger Vorschlag

geprüft worden. Man hätte Varianten machen können. Aber wir werden das Geschäft erheblich erklären.

Daniel Probst, FdP-Fraktion: Ich muss ehrlich sagen, dass ich das Postulat am Anfang auch mitgetragen habe. Ich finde, es ist etwas, das man sich wünschen kann. Es ist wünschbar. Aber es muss auch finanzierbar sein. Ich glaube, es ist nicht der richtige Zeitpunkt, wir haben die Kosten angeschaut, dass wir dies realisieren. Klar kann man jetzt sagen, Tobias solle es machen. Wir wissen nicht, ob es dann funktioniert. Ich finde es gut, dass man seriöse Offerten eingeholt hat. Noldi ist übrigens auch der Meinung, dass man es ablehnen sollte. Da ist vielleicht die SP nicht so gut informiert. Ich habe jetzt das Tablet auch offen. Die Sachen sind ja digital gekommen. Das speichere ich nachher auf der Festplatte ab. Dann muss ich nicht online sein. Ich brauche heute Abend nichts Anderes als einfach die Vorstösse und Geschäfte, die nachher auf dem Tablet sind. Dafür muss ich nicht online sein. Ich muss nicht auf Facebook Sachen posten usw. Ich bin hier. Wenn ich mich auf die Geschäfte konzentriere, möchte ich die Geschäfte hier diskutieren. Dann kann ich immer noch später posten. Ich glaube, das sollten wir alle so halten. Ich würde es für uns alle gesund finden, nicht wegen der Strahlen, wenn wir uns auf die Geschäfte konzentrieren und nicht online herumchatten oder sonst Sachen machen würden. Deshalb sind Noldi und ich wie auch die FdP-Fraktion der Meinung, dass wir dies nicht überweisen sollen. Merci.

Beat Felber: Die Fraktion CVP/EVP/GLP-Fraktion wird das Postulat auch einstimmig nicht erheblich erklären. Wir sind der Meinung, jeder hat heute ein Handy, und das ist so. Ich habe selber auch eines. Ich arbeite auch digital. Ich meine, die digitale Welt fängt nicht im Sitzungszimmer. Man muss ja auch unterwegs, wenn man irgendwo ist, auf Dokumente zugreifen können. Von daher ist eigentlich ein 3 G oder 4 G ausreichend. Ich habe hier nicht das Gefühl, dass man extra viel Geld ausgeben muss, damit man dieses Netz hier hat. Ich denke, wenn der Stadtrat sagt, es kostet so und so viel, ist es nicht an uns zu sagen, nein, das stimmt nicht, wenn man nicht vom Fach ist. Die hohen Kosten des WLAN, bei denen ich einmal davon ausgehe, dass es stimmt, wie es der Stadtrat sagt, stehen damit in keinem Verhältnis zu seinem Nutzen.

Matthias Borner, SVP-Fraktion: Wir erklären das Postulat ebenfalls als nicht erheblich. Bei uns hat es schon eine gewisse Diskussion gegeben, ob es dies braucht oder nicht. Aber nachdem Philippe Ruf festgestellt hat, dass er sich von hier aus in seinem eigenen WLAN einwählen kann, war es ihm nachher eigentlich so ziemlich egal. Sein Passwort ist übrigens Ruf for President. Zum zweiten Punkt muss man einfach schon sagen, dass es ziemlich ein Luxusproblem ist, das wir haben. Wir haben hier Sitzungen. Die Sitzungsräume sind hier ausgedeuert, und der Parlamentssaal. Dort möchte man gerne WLAN. Das ist schon eine interessante Zeit, in der unser grösstes Problem ist, dass man nicht vernetzt ist. Man sollte vielleicht besser schauen, dass die Sitzungen kürzer werden, dass man prägnanter wird und einander auch zuhört und dies für uns nicht gerade das drängendste Problem ist. Aber das Hauptargument waren bei uns auch die Kostenüberlegungen, dass wir dies nicht tragen wollen. Deshalb lehnen wir dies ab.

Daniel Kissling: Ich bin schon etwas erstaunt, gerade auch von der bürgerlichen Seite, dass sie sagen, wenn der Stadtrat sagt, es ist so teuer, dann ist es so teuer. Wir haben kürzlich über ein Schulhaus diskutiert. Der Stadtrat hat gesagt, es ist so teuer, und ich habe ganz viele Voten gehört, die gesagt haben, nein, nein, das geht auch viel, viel günstiger. Das ist jetzt ziemlich genau das gleiche Beispiel. Auch wenn der Stadtrat jetzt schon Vorarbeit geleistet hat, um die wir ihn nicht gebeten haben. Das ist damit noch nicht erledigt. Wenn man das Postulat zur Prüfung gibt, hoffe, erwarte und denke ich, es wird auch so sein, dass der Stadtrat vielleicht auch mehrere Varianten machen und eine günstige Variante aufzeigen wird. Um noch einmal zu sagen, was es mit diesen Kosten auf sich hat, kann man auch daran erinnern, dass der Stadtrat in der Vergangenheit ebenfalls schon gerne viel Geld dafür Web-Sachen, bei denen man immer noch nicht genau weiss, weshalb sie so viel gekostet haben, ausgegeben hat, wie das letzte Homepage-Update, das mehrere zehntausend Franken gekostet hat. Dementsprechend bin ich doch jetzt etwas da und übernehme den

bürgerlichen Part und sage, es gäbe wahrscheinlich auch noch günstigere Varianten. Wir fordern den Stadtrat gerne auf, solche aufzuzeigen.

Daniel Probst: Es ist interessant, dass Du ein Beispiel bringst, Daniel. Beim Schulhaus war es so, dass man zuerst die günstige Variante hatte und nachher ist es teurer geworden. Das würde jetzt eigentlich heissen, wenn Du sagst, es ist das Gleiche, dann haben wir jetzt hier die günstige Variante und die zweite, die kommt, wäre dann teurer. Ich wäre hier vorsichtig.

Beschluss

Mit 17 : 11 Stimmen bei 1 Enthaltung wird das Postulat erheblich erklärt.

Mitteilung an
Direktion Finanzen und Dienste, Urs Tanner
Stadtkanzlei, Andrea von Känel

Verteilt am

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 23. Januar 2019

Prot.-Nr. 44

Interpellation Matthias Borner (SVP) zur Vergabe des Auftrags «Jugendarbeit»/Beantwortung

Am 24. Mai 2018 reichte Matthias Borner (SVP) folgende Interpellation ein:

«Wie aus den Medien zu entnehmen ist, wurde die Jugendarbeit mit dem Betrieb des Provisoriums 8 an den Verein Kinder- und Jugendförderung Wohlen vergeben. Bei diesem Budgetposten handelt es sich um einen jährlichen Betrag von 242'000 CHF, welcher unter den nicht gebundenen Ausgaben einen substanziellen Wert aufweist. Da die Vergaben in anderem Zusammenhang zu Diskussionen Anlass gegeben haben, erlauben wir uns dem Stadtrat die folgenden Fragen zu stellen:

1. Wie wurde dieser Auftrag vergeben? Gab es dazu eine Ausschreibung?
2. Da es momentan keine Leistungsvereinbarung gibt, nach welchen Kriterien wurde der Auftrag vergeben?
3. Da der Vertrag nur bis Ende Jahr gilt, wird es für den weiteren Betrieb eine öffentliche Ausschreibung geben?»

- - - -

Stadträtin Iris Schelbert-Widmer beantwortet den Vorstoss im Namen des Stadtrates wie folgt:

Nach dem Rückzug des Vereins «JugendKulturHaus Provisorium 8» per 31. Dezember 2016 wurde für die Oltner offene Jugendarbeit mit minimalen personellen und finanziellen Mitteln in einem Übergangsbetrieb organisiert, um die wichtigen Elemente der ehemaligen Arbeit des «Provi 8» (Jugendkulturbetrieb und offene Anlaufstelle für Jugendliche) weiterzuführen. Dieser Übergangsbetrieb läuft Ende Juli 2018 aus.

In Zusammenarbeit mit der Fachhochschule Nordwestschweiz entstand 2016 in einem partizipativen Verfahren mit Teilnehmenden aus Verwaltung, Fachgremien, Institutionen und Vereinen, politischen Parteien und Elternvertretungen der Grundlagenbericht «Leitlinien und Schwerpunkte der Kinder-, Jugend- und Familienförderung der Stadt Olten». Teil davon war auch die Neuaufstellung der Oltner Jugendarbeit – im Grundlagenbericht unter der Bezeichnung «Freizeit und Partizipation». Auf dieser Basis hat die Direktion Bildung und Sport die Weiterarbeit vorgenommen.

Es galt, die bestens funktionierenden Angebote Robi, Midnight, Trendsport und Open Sunday noch besser bekannt zu machen und zu stärken. Viele Kinder und Jugendliche nehmen diese Angebote wahr. Ebenfalls gut ausgebaut sind die Angebote zahlreicher Vereine und Verbände.

Aus dem Kernbereich der ehemaligen Oltnen Jugendarbeit des Provisorium 8 wollte man die beiden Elemente «Jugendbüro» und «Jugendkultur» neu aufstellen. Das Jugendbüro soll den ehemaligen Jugendtreff ablösen und gemäss den fachlichen Prinzipien der offenen Jugendarbeit den partizipativen Aspekt stärker herausstellen. Man will die Bedürfnisse der Jugendlichen aufnehmen und sie dabei unterstützen, daraus entstehende Initiativen oder Projekte zu verfolgen und die entsprechende Verantwortung zu übernehmen.

Ähnlich möchte sich die Stadt im Bereich der Jugendkultur aufstellen. Auch dort sollen partizipative Ansätze Grundlage der neuen Ausrichtung sein. Der bereits jetzt gut funktionierende und intensiv beanspruchte Eventraum im Provi 8 soll Basis für den künftigen Betrieb sein.

In einem ersten Schritt führte die Direktion Bildung und Sport Gespräche mit lokalen Anbietern, die über Kompetenzen in den gefragten Bereichen verfügten: Robi für die offene Jugendarbeit im Jugendbüro und die Schützi für die Jugendkultur. Die Gespräche verliefen grundsätzlich positiv, dennoch wären die neuen Aufgaben für den Robi und die Schützi eine Herausforderung geworden, da die jeweiligen Kernbereiche hätten erweitert werden müssen. Zudem hätten die angefragten Institutionen nur je einen Teil und nicht das ganze Paket des ehemaligen Provi 8 übernehmen können.

Zu Frage 1: Wie wurde der Auftrag vergeben? Gab es dazu eine Ausschreibung?

Gemäss Art. 1 der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen (IVöB; BGS 721.521) soll mit den harmonisierten Vergaberegeln der wirksame Wettbewerb unter den Anbieterinnen und Anbieter gefördert, deren Gleichbehandlung sowie die unparteiische Vergabe gewährleistet, die Transparenz des Vergabeverfahrens sichergestellt und für die wirtschaftliche Verwendung der öffentlichen Mittel gesorgt werden. Sie haben Bauaufträge, Dienstleistungen und Lieferungen zum Gegenstand, welche im freien Wettbewerb angeboten werden und somit austauschbar bzw. vergleichbar sind.

Die von der Stadt Olten eingekaufte Dienstleistung der offenen Jugendarbeit ist kein Standardprodukt, dessen Eigenschaften in einem Kriterienkatalog ausgeschrieben werden kann. Vielmehr geht es um die Entwicklung eines Teilbereichs der Jugendförderung, welcher auf unterschiedlichste Arten erfolgen kann. In den vorab erwähnten Leitlinien und Schwerpunkten der Kinder-, Jugend- und Familienförderung der Stadt Olten werden lediglich strategische Ziele vorgegeben, welche von den Anbietern zu verfolgen sind. Messbar ist der Erfolg der Zielerreichung, wenn überhaupt, dann nur sehr schwer. Insofern eignet sich diese Dienstleistung nicht, nach den Regeln des Gesetzes über die öffentliche Beschaffung (Submissionsgesetz; SuG; BGS 721.54) ausgeschrieben zu werden, weshalb in § 15 Abs. 2 Buchst. h) SuG die Auftragsvergabe zu Forschungs-, Versuchs-, Studien- oder Entwicklungszwecken von den starren Regeln des offenen- oder Einladungsverfahrens ausgenommen ist und dem freihändigen Verfahren unterstellt wird.

Um dennoch eine gewisse Vergleichbarkeit zu schaffen und die vorhandenen Angebote kennen zu lernen, wurde mit verschiedenen Anbietern Kontakt aufgenommen.

Die einleitend erwähnten Gespräche zum Jugendbüro und zur Jugendkultur mit der Zielrichtung, lokale Anbieter zu berücksichtigen, konnten nicht zum Abschluss geführt werden. Für beide – den Verein Robi für das Jugendbüro und die Schützi für die Jugendkultur – hätte die Übernahme der neuen Aufgaben eine nur schwer leistbare Erweiterung der jeweiligen Kernkompetenzen bedeutet und wäre wesentlich teurer geworden als die nun vorliegende Lösung.

Konzeptvorschläge und Offerten für beide Bereiche gingen dann auf Anfrage der Direktion Bildung und Sport durch das Traffic Team Büsserach und den Verein VJF Kinder- und Jugendförderung, Wohlen, ein. Mit beiden Anbietern führte die Direktion Informations- und Bereinigungsgespräche durch.

Als einzige valable, inhaltlich und fachlich sehr gute Lösung schälte sich die Offerte des VJF Wohlen heraus. Der VJF führt in über 30 Städten und Gemeinden in den Kantonen Solothurn, Aargau und Zürich Mandate der Offenen Jugendarbeit. Die Referenzauskünfte bestätigten den Eindruck eines kompetenten, engagierten und leistungsfähigen Partners. Besonders überzeugend ist die genaue Passung auf die Anforderungen für die neue Oltner Jugendarbeit, die den Interessenten vorgelegt wurden und die sich am Grundlagenbericht KJFF und der Antwort auf die Motion der SP vom 28.09.2017 orientierten. Die VJF-Offerte nimmt diese Anforderungen sehr genau auf:

Zu Frage 2: Da es momentan keine Leistungsvereinbarung gibt, nach welchen Kriterien wurde der Auftrag vergeben?

Den beiden potenziellen Anbietern (wie übrigens auch den lokalen Partnern Robi und Schützi) lagen für ihre Offerten der Grundlagenbericht KJFF und die Beantwortung der Motion Fraktion SP / Junge SP betr. Jugendarbeit in Olten vor. Dazu legten beide Anbieter ihr Umsetzungskonzept vor. Diese unterschieden sich qualitativ erheblich.

Im inhaltlichen, fachlichen und konzeptionellen Vergleich der beiden Angebote legte der Verein VJF ein deutlich überzeugenderes Umsetzungskonzept vor, das sich sehr genau an den spezifischen Anforderungen der neuen Oltner Jugendarbeit als Ergänzung des bestehenden vielfältigen Angebots orientierte.

Zu Frage 3: Da der Vertrag nur bis Ende Jahr gilt, wird es für den weiteren Betrieb eine öffentliche Ausschreibung geben?

Der Stadtrat ist überzeugt, dass mit dem VJF Wohlen ein kompetenter Anbieter für die beiden Bereiche Jugendbüro und Jugendkultur gewonnen werden konnte. Der Leistungsausweis ist überzeugend und die durch den VJF betriebene Jugendarbeit in Lostorf oder im Thal läuft einwandfrei.

Die beiden Bereiche Jugendkultur und Jugendbüro sollen auch auf der Basis einer neuen Leistungsvereinbarung ab 2019 durch den Verein VJF betrieben werden. Eine öffentliche Ausschreibung, wie oben beschrieben, ist nicht möglich und aufgrund des Entwicklungscharakters auch nicht notwendig. Es wäre möglich, mittels eines Wettbewerbs weitere Anbieter zu Projekteingaben zu motivieren. Dies wäre aber, nebst hohen Kosten, mit einem grossen zeitlichen Aufwand verbunden, welche es zu vermeiden gilt.

- - - -

Matthias Borner: Das Provisorium ist schon länger ein Thema in diesem Saal. Ich kann mich noch gut erinnern, als ich meinen ersten Vorstoss zu diesem Thema eingereicht habe und Corina als Angehörige des Provi 8 hinten im Publikum sass. Der Budgetposten des Provisorium 8 ist mit einer Viertelmillion einer der grössten ungebundenen Ausgaben in unserem Budget überhaupt und somit vollständig in unserer Kompetenz. Seit zwei Jahren spricht man dieses Geld ohne Leistungsvereinbarung und man liess dabei auch die Betreiber lange im Ungewissen. Es war auch für sie eine ungute Situation. Als ich das erste Mal Fragen gestellt habe, wofür das Geld für das Provisorium ausgegeben wird, hat es geheissen: Wie kannst Du nur? Unsere Färbi. Sie macht doch so viele gute Sachen. Wohlgermerkt ist dies in der Fraktion der SVP gewesen. Auch hier habe ich rasch gemerkt, dass dies eine heilige Kuh ist. Trotzdem habe ich dann auf eigene Faust recherchiert und die Rechnung verlangt und am Schluss auch bekommen. Wie sich herausgestellt hat, war ich der erste seit mehr als zehn Jahren, der diese Zahlen sehen wollte. Dabei sind schon erstaunliche Sachen hervorgekommen. Die Telefonrechnung von Fr. 5'000.— für ein Jahr

oder dass man eine Stelle nicht vergeben hat und dann unter der Hand Leute auf die Lohnliste gesetzt hat, hat nicht nur im Parlament für Kopfschütteln gesorgt. Dann wollten wir den Begriff Jugendlischer noch auf Leute über 25 ausdehnen, weil die bisherigen Leute das Ganze weiterhin nutzen wollten. Der Eventraum hat dann auch zunehmend Bars und Clubs von Olten konkurrenziert, von der Stadt subventioniert. Die Partys haben dann Werbung mit dem Spruch «Billiges Bier und coole Drinks» gemacht, also absolut nicht das, was ich als Jugendarbeit sehe. Aufgrund verschiedener Vorstösse unterschiedlicher Fraktionen ist es definitiv so, dass der Gestaltungswille in diesem Parlament vorhanden ist. Dass man jetzt dieses wesentliche Mandat nicht einmal ausgeschrieben hat und das Parlament via Presse vor vollendete Tatsachen gestellt wird, empfinde ich als äusserst unsensibel. Deshalb habe ich diese Interpellation auch eingereicht, damit es hier doch noch diskutiert wird. Wenn ich vergleiche, dass man bei der Sportpark AG eine detaillierte Bilanzprüfung vorgenommen und jeden Posten gekehrt hat, ist es erstaunlich, dass man hier sogar freimütig einräumt, dass man keine Leistungsvereinbarung hat und auch sonst alles andere als transparent ist. Ich bin klar für Jugendarbeit. Aber ich möchte Transparenz. Wenn die Verantwortlichen schon da sind, ah nein, sie sind ja eben nicht hier. Es wird kürzer. Auch wenn die Verantwortlichen nicht da sind, jetzt seht Ihr einmal, wie flexibel ich bin, wollen wir Euch kurz darlegen, was wir eigentlich als Jugendarbeit sehen. Jugendarbeit sollte unpolitisch sein, wo Jugendliche eine sinnvolle Freizeitgestaltung haben. Dass man die Jugendarbeit den Bedürfnissen der Jugendlichen ausrichtet und nicht an den Bedürfnissen der Betreiber. Da hat es schon in der Vergangenheit falsche Prioritätensetzungen gegeben. Ich muss aber auch sagen, als ich einmal an einem Anlass war, habe ich mit jemandem gesprochen, der mittlerweile schon Kinder hat. Er hat mir auch erzählt, das Provisorium 8 oder die Färbi seien eine sehr gute Sache. Das war einmal etwas, wo sie die Freizeit verbringen konnten, wo nicht gekiffert wird. Das ist auch etwas sehr Positives. Der Stadtrat hat sich offensichtlich mit der Beantwortung meiner Fragen auch schwer getan. Dieses Geschäft ist zweimal traktandiert worden. Man musste also juristisch tief in die Trickkiste greifen. Ich habe dies auch einem Juristen gegeben, der mit dem Submissionsrecht zu tun hat. Er hat den Kopf geschüttelt und gemeint, dass man hier bei der Begründung sehr weit gesucht habe. Diese Vergabe hätte eindeutig dem Submissionsgesetz unterstellt werden müssen. Jetzt zu den Fragen: Zur ersten Frage: Ich habe es auch einem Juristen gegeben und sehe nicht ein, weshalb die Stadt nicht den Vorgaben und Vorschriften unterstehen sollte. Die Ausnahme gilt nur bei Vergaben zu Forschungsstudien oder Entwicklungszwecken. Ich nehme nicht an, dass das Provisorium 8 zu Forschungsstudien und Entwicklungszwecken dient. Aus der Systematik von § 15 sollte auch eine Entwicklung im Sinne von Forschung und Entwicklung gelten. Zur zweiten Frage: Dass es keine Leistungsvereinbarung gegeben hat, ist unschön. Die Sache mit den unterschiedlichen Qualitätsstandards ist in meinen Augen kein Wunder. Ich habe einmal im Internet nachgeschaut. Man hat zwei Anbieter angeschrieben. Einer ist derjenige aus Wohlen, der gewonnen hat, die Profis sind und dies, wie ich auch gehört habe, in anderen Dörfern oder Städten sehr gut machen. Das Andere war das Traffic Team aus Büsserach. Tätigkeit: Licht und Sound, Infrastruktur, Vermietung der eigenen Materialien zu günstigen Konditionen. Was sie gemacht haben? Rock am Berg, Streetparade und Auftragsfeste. Ich bin nicht erstaunt, dass ihre Eingabe ein wenig an unserer Jugendarbeit vorbeigezielt hat. Deshalb war wahrscheinlich die Eingabe von Anfang an konkurrenzlos. Es waren Profis, die gegen den Eventmanager angetreten sind. Zu Frage 3: Auch hier ist in meinen Augen eine Ausschreibung nach kantonalem Recht gegeben. Man hat die Ausschreibung nicht gemacht, weil man gesagt hat, das Büro Wohlen ist nur ein halbes Jahr dabei. Nachher behält man sie, weil sie ja schon ausgewählt wurden. Aber meine Damen und Herren, wir reden immer noch über eine Viertelmillion wiederkehrende Kosten für unsere Stadt. Deshalb würde ich es begrüßen, wenn man hier etwas vorsichtig gewesen wäre. Wie gesagt, was ich bisher gehört und gelesen habe, macht mich optimistisch, was die Jugendarbeit bis jetzt aufgegleist hat. Auch im Hinblick auf das Wahljahr werden wir ein gutes Auge darauf haben, dass es nicht, wie auch schon, mit Geldern für Jugendarbeit einen bezahlten Wahlkampf gibt. Ich möchte betonen, dass ich in dieser Frage nicht ein Kritiker bin, sondern klar ein Gestaltungswilliger. Ich bin klar für eine Jugendarbeit, die eine sinnvolle Freizeitgestaltung für Jugendliche bietet. Dabei helfe ich gerne mit und bin auch bereit, eine Viertelmillion dafür zu sprechen. Merci. Noch zu meiner Befriedigung: Ich bin nicht befriedigt.

Daniel Kissling, Olten jetzt!: Matthias Borner und ich waren heute noch nicht so oft einer Meinung. Aber ich gebe ihm an sich, was die Form anbelangt, wie das Ganze vergeben wurde, recht. Ich habe seine Interpellation dementsprechend auch unterzeichnet. Olten jetzt! findet auch, dass der Stadtrat nie schlecht damit fahren würde, wenn er etwas mehr Transparenz und Offenheit zeigen würde, gerade bei einem Viertelmillionengeschäft. Nicht, weil wir finden, das ist es nicht wert, sondern eben genau, weil es dies wert ist und genau auch wert ist, dies so zu präsentieren, damit möglichst wenig Angriffsfläche besteht, damit man es möglichst in saubere Tücher bekommt und damit man nicht wieder darüber stolpert, was man darüber stolpern könnte. Dies gesagt würden wir zudem anregen, dass man auch, wenn es vielleicht gesetzlich nicht unbedingt nötig, dass man eine Submission machen muss, obwohl Deiner Meinung nach schon, ich weiss es jetzt nicht genau, sich überlegen könnte, dass es vielleicht doch gescheiter wäre aufzuzeigen, wie man zu dieser Entscheidungsfindung gekommen ist oder eben auch eine freiwillige Submission zu machen. Dann hat man auch mehr Leute hinter sich, die dies unterstützen können. Dies gesagt habe ich die neue Jugendarbeit kennengelernt. Sie machen es gut. Ich kann Matthias noch sagen, dass ich glaube, dass mehrere Sachen, die er angesprochen und kritisiert hat, mittlerweile erfüllt sind. Ich habe mit vielen Benutzern des Provi 8 gesprochen, die jetzt mittlerweile nicht mehr unter 25 sind, und man hat ihnen gesagt, dass man andere Lösungen finden muss. Das habe ich gehört. Sie haben klar kein Programm aufgesetzt, von dem sie denken, das finden sie gut, sondern sind in die Schulen gegangen und haben dort geschaut, was die Jugendlichen wirklich wollen, welche Bedürfnisse sie haben. Drittens wollte ich noch sagen, dass im Herbst eine schöne Kickoff-Veranstaltung war. An diesem Anlass habe ich aber leider niemanden von den kritischen Stimmen gesehen. Ich glaube, wir haben als Parlamentarierinnen und Parlamentarier alle eine Einladung erhalten. Sonst finde ich aber, dass Matthias Borner recht hat. Bitte in nächster Zeit etwas mehr Transparenz. Das hilft auch den Projekten.

Myriam Frey Schär, Fraktion Grüne: Ich muss die Punkte, die meine beiden Vorredner erwähnt haben, nicht wiederholen. Es ist selbstverständlich schon so. Wir stellen uns auch auf den Standpunkt, dass man dies, wenn man ausschreiben kann und es irgendwie möglich ist, soll. Auf der anderen Seite sehen wir natürlich schon ein, dass man Jugendarbeit nicht wie eine Bushaltestelle ausschreiben kann. Das ist halt einfach schon nicht ganz das Gleiche, und der Pool von Anbietern ist nicht ganz der gleiche. Es ist nicht etwas von den Sachen, die man einfach dem geben kann, der das billigste Angebot macht. Aber selbstverständlich Transparenz und alles. Jawohl. Der Umstand, dass das Gespräch mit verschiedenen Anbietern gesucht wurde, werten wir als positiv. Offenbar waren nicht alle gleich kompetent. Wir hatten unseren Investigativ-Arbeiter, der dies angeschaut hat. Aber trotzdem sind wir mit der jetzigen Situation sehr zufrieden. Wir sind froh, dass dies jetzt wieder aufgegleist ist, dass es wieder auf festen Füßen steht. Wir finden es auch nicht unbedingt zielführend, dass man so etwas dann periodisch oder jährlich oder was auch immer neu ausschreiben muss. Wir dürfen nicht vergessen, dass die Jugendlichen auch gerne einmal etwas Kontinuität im Betrieb und mit den Ansprechpersonen haben. Ich bin ein Färbi-Kind. Ich hatte ziemlich viele Jahre René Steiner. Dann konnte man sich aneinander abarbeiten. Aber man hat sich gekannt, und das war gut. Das heisst natürlich nicht, dass die Jugendarbeit die nächsten 50 Jahre von den gleichen Leuten geleistet werden muss. Aber jetzt ist für uns einmal wirklich wichtig, dass dies weiterhin so gut funktioniert, dass dies gut auf die Beine kommt und wir in der nächsten Zeit die Kontinuität auch haben. Merci.

Simon Muster: Ich schliesse mich allem an, was gesagt wurde. Ich möchte einfach noch kurz sagen, wie Daniel Kissling gesagt hat, dass die Eröffnungsveranstaltung super war. Es war megaschön, dass vier Stadträte und Leute aus fast allen Parteien dort waren. Leider eben nur fast. Aber ich kann Dich beruhigen. Das Provi war immer politisch neutral. Dort, wo Du gesagt hast, Corina sass hinten, sassen eben auch Florian, Daniel und ich dort. Das ist eigentlich die erste Generation nach der Sparübung, die am Provi gemacht wurde. Politisch war es neutral. Aber es hat relativ gut politisiert. Von daher: Danke sagen.

Stadträtin Iris Schelbert: Ich merke, es ist auch viel Frust und Vergangenheitsbewältigung seitens des SVP-Sprecher vorhanden. Färbi, Provi 8 ist Geschichte. Es heisst jetzt Jugendwerk und Garage 8. Ich muss vielleicht die Fr. 242'000.— aufschlüsseln. Fr. 152'000.— sind Verein Jugendförderung und Fr. 90'000.— verschieben wir inhouse als Zins der Baudirektion. Einfach, damit man dies schon richtig anschaut. Garage 8 ist im Moment so, dass sie nicht mehr für Partys freigegeben wird, damit man dort Komasaufen kann, sondern die Jugendarbeiterin Fränzi Schneeberger zusammen mit den Jugendlichen daran. Sie sollen lernen, Veranstaltungen, Partys für sie zu organisieren und durchzuführen. Eigentlich sind diese Daten, an denen man die Garage 8 brauchen kann, durch Jugendliche bis 25 Jahre besetzt. Das ist so. Zum Anderen kann ich nichts sagen. Die Leistungsvereinbarung wäre bereit. Wir können sie einfach erst unterzeichnen, wenn wir ein Budget haben. Wir haben mit dem VJF gesprochen. Sie arbeiten weiter, in der Hoffnung, es gebe die Jugendarbeit auch nach dem ersten Quartal 2019 immer noch.

Matthias Borner: Ich muss noch kurz eine Bemerkung machen. Es heisst immer, die Fr. 130'000.— waren übrigens die Miete, wie wenn dies keine Rolle spielt. Im Geschäft 2 ist es heute genau um Miete, auf welche die Stadt verzichtet, gegangen. Das ist ja genau der gleiche Fall, und das war der halbe Betrag. Hier haben wir eine Leistungsvereinbarung, einen Mietvertrag, ein Riesenprogramm dazu erhalten. Es ist einfach noch zu sagen, die Miete gehört bei dieser Viertelmillion dazu.

Michael Neuenschwander: Matthias, das ist ja eben gerade der Witz dabei, dass die Schützi für uns in der Stadt so billig ist, weil wir dort keine Löhne zahlen müssen. Sobald irgendwie ein Schweizer Lohn dabei ist, wird es teuer. Das ist immer so. Dafür sind nachher die Fr. 150'000.— für die Jugendarbeit immer noch relativ günstig.

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Ich repetiere nur für das Protokoll. Matthias Borner nicht befriedigt.

Mitteilung an
Direktion Bildung und Sport, Ueli Kleiner
Stadtkanzlei, Andrea von Känel

Verteilt am

Parlamentspräsidentin Marlène Wälchli Schaffner: Damit die Sitzung nicht teurer wird, schliesse ich ab und werde morgen weiterfahren. Wir schaffen nicht elf Vorstösse, und ich möchte morgen gerne fertig werden, so dass wir wieder blank haben. In diesem Sinne wünsche ich allen einen schönen Abend. Bis morgen um 18.15 Uhr.

Die Parlamentspräsidentin:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.